

# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

15 + 16/80  
20. Oktober 1980

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

## Amtseinführung des Präsidenten

# Zilleßen: „Forderung Ossietzkys gehört in jedes Studienbuch“

## Rede zur sozialen Verantwortung von Wissenschaft und Universität

Vor zahlreichen Gästen - Landtagsabgeordneten, Präsidenten und Rektoren niedersächsischer Hochschulen, Repräsentanten aus Justiz, Politik und Wirtschaft in Oldenburg und Umgebung - führte der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK), Rolf Möller, den neuen Präsidenten der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, in das Amt ein.

Vizepräsident Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, eröffnete die Veranstaltung mit einem Bericht über das zurückliegende Jahr seiner Tätigkeit als „Staatskommissar“ an der Spitze der Universität Oldenburg. Er wies auf die dringend erforderliche Erweiterung des Fächerspektrums der Universität hin und bedauerte die kürzlich vom MWK getroffene Entscheidung gegen die Einrichtung eines zahnmedizinischen Studiengangs in Oldenburg sowie das „Hin und Her“ des Ministers im Falle des Studiengangs Rechtswissenschaften. Raapke wünschte sich in diesem Zusammenhang „eine klarere und verlässlichere Politik der Landesregierung“, die sich an einmal gemachte Zusagen hält.

Als weitere wichtige Ereignisse während seiner Amtszeit nannte Raapke die Beendigung des Modellversuchs der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB), die Umsetzung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG), den Baubeginn für neue Universitätsgebäude sowie die Intensivierung der Außenkontakte der Universität. Seine Ausführungen beendete Raapke mit einem ausdrücklichen Dank für seine Amtsvorgänger, Professor Dr. Rainer Krüger und Professor Dr. Friedrich W. Busch. Anschließend erläuterte Staatssekretär Möller die Vorstellungen des MWK von den finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Forschung. Er unterstrich, eine Universität könne nur so gut sein, wie die an ihr betriebene Forschung, und nannte die seiner Meinung nach zu geringen Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Indiz für fehlende „forscherische Produktivität“ der Universität Oldenburg. Deren Intensivierung sei aber nur bei Schaffung entsprechender Strukturen, d.h. bei Einrichtung von Instituten und Seminaren möglich, denen dann über den Haushalt Sach- und Personalmittel direkt zugewiesen werden könnten. Für die Studentenschaft fragte deren Sprecherin, Edith Goldmann, was eigentlich angesichts des Abbruchs der ELAB, der Einschränkung der studentischen Mitbestimmung, der Bedrohung durch das Ordnungsrecht, der wachsenden psychischen Verelendung und finanziellen Misere der Studenten hier noch zu feiern sei. Eine besondere Nuance erhielten ihre Ausführungen durch ein go-in von Studenten der Fachhochschule (FHS) Oldenburg, die gekommen waren, um Staatssekretär Möller einen an Wissenschaftsminister Pestel gerichteten Brief zu überreichen. Darin wird gegen die durch Personalmangel verursachten schlechten Studienbedingungen an der FHS protestiert.

An den Anfang seines Beitrages „Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Universität“ stellte Präsident Zilleßen die Forderung Carl von Ossietzkys: „Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen!“ Diese Forderung, die nichts an Aktualität eingebüßt habe, bringe sehr deutlich die Programmatik dieser Universität zum Ausdruck; sie müßte „eigentlich als Leitmotiv in jedes Studienbuch eingedruckt werden“.

Jeder zweite Wissenschaftler und Ingenieur sei heute mit der Entwicklung noch leistungsfähiger Massen- und Einzelvernichtungswaffen beschäftigt; die moderne Wissenschaft eröffne Möglichkeiten, die in ihren sozialen Auswirkungen nicht absehbar seien, z.B. die Mikroelektronik, die Gen-Technologie oder die Kernenergietechnik. Der wachsende Widerstand der Bevölkerung gegen diese Entwicklung - etwa die Anti-Atomkraftbewegung - sei Ausdruck eines Wandels „in der Beurteilung dessen, was wir wissenschaftlichen Fortschritt nennen“. Bemerkenswert sei, daß diese Kritik sich nicht durchweg rückwärtsgewandt darstelle, sondern primär die Art der wirtschaftlichen Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse anprangere.

Diese Neubewertung müsse sich in einer erhöhten Sensibilität der Wis-

senschaftler für die Wirkungen ihrer Arbeit niederschlagen. Für die Universitäten, die „ein notwendiges Korrektiv gegenüber dem auf Anwendung von Wissenschaft sich gründenden Machtzuwachs der Verwaltung“ darstellten, folge, daß sie sich gegen die „zunehmende Reglementierung“ durch die Wissenschaftsbürokratie zur Wehr setzen und sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt sein müssen. jB

## Für Freilassung von Kim Dae Jung

Präsident Zilleßen hat in einem Schreiben an den selbsternannten Staatspräsidenten Südkoreas appelliert, für die sofortige Aussetzung des Todesurteils gegen den Bürgerrechtler Kim Dae Jung und dessen Freilassung zu sorgen. In dem Brief heißt es wörtlich: „Lassen Sie nicht zu, daß Herr Kim Dae Jung wegen seines Eintretens für eine demokratische Gesellschaftsordnung in der Republik Korea hingerichtet wird! Stellen Sie sich nicht auf eine Stufe mit den deutschen Nationalsozialisten! Diese haben neben vielen anderen den Pazifisten und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky ebenfalls wegen seines Engagements für Demokratie und Frieden jahrelang in Konzentrationslagern gefoltert; dem Andenken Carl von Ossietzkys weiß sich die Universität Oldenburg in besonderer Weise verpflichtet. Die furchtbaren Erfahrungen mit der faschistischen Gewaltherrschaft machen es mir heute zur Pflicht, an Sie zu appellieren.“

## Studenten ohne „Bude“



Viele der neuen Erstsemester an der Oldenburger Universität haben noch keine „Bude“ für das bevorstehende Wintersemester gefunden. In mehreren Aktionen in der Innenstadt, in der Mensa und - wie auf unserem Foto - vor der Aula wiesen die Studenten auf die Wohnungsnot hin. Besondere Erwartungen werden an die Bereitschaft der Stadtverwaltung geknüpft, bei der Lösung der Probleme mitzuwirken, denn schon vor längerer Zeit waren der Allgemeine Studentenausschuß (ASA) und das Oldenburger Studentenwerk (SWO) mit mehreren Prognosen an die Behörden herantreten. In einer Pressemitteilung hat auch der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, die Bevölkerung, Räume für die Studenten zur Verfügung zu stellen. Foto: Koopmann



Bei der Amtseinführung (von links): Frau Raapke, Staatssekretär Möller, Frau Zilleßen und Präsident Zilleßen  
Foto: Raether

## Teilgenehmigung für den neuen Organisationsplan

### Aufforderung: Institute bilden

In einem Erlaß hat der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst der Universität Oldenburg angekündigt, den ihm von der Hochschule vorgelegten Organisationsplan nur in Teilen genehmigen zu können. Einverstanden erklärt sich der Minister mit der vorgeschlagenen Teilung des Fachbereichs „Mathematik/Naturwissenschaften“ sowie mit der Beibehaltung des Fachbereichs „Kommunikation/Ästhetik“, nicht folgen wird er dem Vorschlag, die Fachbereiche „Erziehung/Sozialisation“ und „Gesellschaftswissenschaften“ unverändert beizubehalten.

Ferner kündigt der Minister an, im Rahmen der ihm gesetzlich gegebenen Möglichkeiten die Universität Oldenburg zur Errichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen, d.h. von Instituten und Seminaren, aufzufordern. Der Senat wird sich am 22. Oktober auf der Grundlage von Stellungnahmen der Fachbereiche und Zentralen Einrichtungen mit den aus dem Erlaß zu ziehenden Konsequenzen befassen. Nachfolgend die wichtigsten Passagen des Erlasses des Ministers:

„Ich beabsichtige, den Organisationsplan in der Weise partiell in Kraft zu setzen, daß die Teile vorab genehmigt werden, deren es bedarf, damit in den neu zu bildenden Fachbereichen sobald wie möglich Stellen zu den Fachbereichsräten stattfinden können.“

Ferner der vorgesehenen Fachbereichsgliederung im Bereich des bisherigen Fachbereichs 4 (Mathematik/Naturwissenschaften) sowie mit der vorgesehenen unveränderten Beibehaltung des bisherigen Fachbereichs 2 (Kommunikation/Ästhetik) bin ich einverstanden. Nicht einverstanden bin ich dagegen mit der im wesentlichen unveränderten Beibehaltung der bisherigen Fachbereiche 1 (Erziehung/Sozialisation) und 3 (Gesellschaftswissenschaften). Den Fächern Psychologie und Wirtschaftswissenschaften kommt für die Universität qualitativ und quantitativ eine Bedeutung zu, die es geboten erscheinen läßt, sie Fachbereichen zuzuordnen, in denen gewährleistet ist, daß sie ihre spezifi-

schon Interessen durchsetzen können. Ich halte es für erforderlich, daß für diese Fächer eventuell gemeinsam mit kleineren benachbarten Fächern eigene Fachbereiche gebildet werden. Mit der im Minderheitsvotum vorgesehenen Fachbereichsgliederung wäre ich einverstanden. Ich bitte insbesondere um erneute Beschlußfassung durch den Senat.

Mit den vorgesehenen zentralen Einrichtungen bin ich im Rahmen des Verfahrens gem. § 160 NHG mit der Einschränkung einverstanden, daß ich für den Botanischen Garten zunächst die Gründe dafür mitzuteilen bitte, daß dieser als zentrale Einrichtung und nicht als Betriebsseinheit des künftigen Fachbereiches Biologie organisiert werden soll. Ich behalte mir außerdem vor, im Bereich der zentralen Einrichtungen künftig gem. § 77 Abs. 7 in Verbindung mit Abs. 4 NHG Änderungen zu verlangen. Das könnte sich insbesondere für die „Zentrale Einrichtung technisch-wissenschaftliche Anlagen“ ergeben; ich bin nicht davon überzeugt, daß diese zentrale Einrichtung für die Labors und Werkstätten auf Dauer die optimale organisatorische Lösung darstellt. ...

Die Genehmigung des Organisationsplanes werde ich im Rahmen der vorhandenen Ausstattung mit Räumen, Personalstellen, Personal- und Sachmitteln erteilen. Bedarfsmeldungen, die mit der durch den Organisationsplan veränderten Organisationsstruktur begründet werden, werde ich zurückweisen. ...

Für hochgradig unzumutbar halte ich es dagegen, wenn es nicht zur Errichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen der Fachbereiche kommt. Die Errichtung wissenschaftlicher Einrichtungen würde die Chancen für eine positive kontinuierliche Entwicklung insbesondere in der Forschung verbessern. Falls es nicht im Rahmen des Verfahrens nach § 160 NHG zur Errichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen der Fachbereiche kommt, beabsichtige ich, danach die Universität gem. § 77 Abs. 7 in Verbindung mit Abs. 4 Nr. 1 NHG zur Bildung von solchen aufzufordern.“

# Forschungsprojekt zum Studium von Berufstätigen ohne Abitur bewilligt

Studieren eigentlich Absolventen der Zulassungsprüfungen anders oder gar erfolgreicher als ihre Kommilitonen mit Abitur? Welche Zusammenhänge bestehen tatsächlich zwischen vorausgegangen beruflichen Tätigkeiten oder beruflichen Erfahrungen und der Studierfähigkeit und dem Studierverhalten von ehemals berufstätigen Studenten ohne Abitur? Solchen und weiteren Fragen soll ein Forschungsvorhaben nachgehen, das jetzt gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst an die Universität Oldenburg vergeben worden ist.

Das geplante Projekt läuft unter dem Titel „Studienverfahren und Studienerfolg von Berufstätigen ohne Reifezeugnis in Niedersachsen“. Es hat ein Gesamtvolumen von etwa 650.000 DM und wird anteilig je zur Hälfte von den beiden Auftraggebern finanziert. Die vorgesehene Laufzeit des Projektes beträgt dreißig Monate.

Das Vorhaben wird unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Wolfgang Schulenberg von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe aus Erziehungswissenschaftlern, Soziologen und Psychologen in den Fachbereichen I und III (Professor Dr. Fulgraff, H.D. Loeber, Professor Dr. J. von Maydell, Professor Dr. U. Mees, Dr. W.D. Scholz, A. Wolter) mit Unterstützung des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung (Dr. J. Weißbach) durchgeführt. In dem Projekt werden zwei hauptamtliche wissenschaftliche Mitarbeiter und eine Verwaltungskraft beschäftigt. Die Forschungsarbeiten des Projektes sollen mit problemorientierten Lehrveranstaltungen eng verbunden werden; für teilnehmende Studenten bestehen auch vielfältige Möglichkeiten für projektbezogene Examen- oder Diplomarbeiten. Mit diesem Projekt soll längerfristig die Institutionalisierung empirisch-sozialwissenschaftlicher Bildungsforschung an der Universität Oldenburg fortgesetzt werden. Ausgangspunkt der Projektfragestel-

lungen sind zwei bildungspolitisch gegenwärtig wichtige und kontrovers diskutierte Probleme, nämlich die stärkere Öffnung des Hochschulzuges für qualifizierte Berufstätige ohne Reifezeugnis und die stärkere hochschuldidaktische Verzahnung von beruflicher Arbeit und wissenschaftlichem Lernen. Die mehrere Erhebungsgruppen umfassende, vergleichende Anlage der Untersuchung soll es ermöglichen, der Frage nach der Äquivalenz von schulischer Allgemeinbildung einerseits und beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen andererseits für ein Hochschulstudium empirisch nachzugehen. Darüber hinaus soll untersucht werden, welche sozialbiographischen Bedingungen im wesentlichen die Studien-erwartungen, -erfahrungen und -probleme ehemaliger Berufstätiger ohne Abitur bestimmen, wobei insbesondere herkunfts- und statusspezifische Faktoren und Einflüsse der bisherigen Bildungs- und Berufsbiographie sowie der familiären Situation im Vordergrund stehen.

Um zu für Niedersachsen repräsentativen Ergebnissen zu kommen, wird die Untersuchung an mehreren Hochschulstandorten durchgeführt (Göttingen, Hannover, Oldenburg). Es sind vier Teiluntersuchungen vorgesehen:

1. Eine schriftliche Befragung von etwa 5.000 Studenten an allen drei Erhebungsorten. Dabei soll die Stichprobe vergleichend angelegt werden, das heißt, sie wird drei Erhebungsgruppen umfassen: Studenten, die ihr Abitur auf dem Tagesgymnasium erworben haben (1. Bildungsweg), solche mit Abitur im Abendgymnasium oder im Studienkolleg (2. Bildungsweg) sowie Studenten, die über die Z-Prüfung ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (3. Bildungsweg).
2. Intensivinterviews mit Hochschullehrenden in Oldenburg, Hannover und Göttingen.
3. Schriftliche Befragung von Absolventen von Zulassungsprüfungen nach Abschluß ihres Hochschulstudiums und erneuter Berufstätigkeit.
4. Studieninterviews mit noch stu-

dierenden Absolventen der Zulassungsprüfungen. Darüber hinaus soll eine Studienerfolgsanalyse anhand „objektiverer“ Studierfolgskriterien (Studiendauer, Ergebnisse von Zwischen- und Abschlußprüfungen usw.) durchgeführt werden. Der besondere Ansatzpunkt des Forschungsprojektes liegt unter anderem darin, sich nicht nur auf solche unmittelbare messbaren Erfolgskriterien zu beschränken, sondern mit den geplanten Befragungen vor allem die subjektiven Studiererwartungen, Studiererfahrungen und Studienprobleme aus der Perspektive der betroffenen Studenten zu ermitteln. Nähere Informationen bei Wolter-Dieter Scholz und André Wolter (Tel.: 798-696 bzw. 798-697)wds/aw

## Krüger besuchte LPG in der CSSR

Auf Einladung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der Tschechoslowakei hielt sich Professor Dr. Rainer Krüger für mehrere Wochen in der CSSR auf. Die in der CSSR in zahlreichen Institutionen und mit vielen Wissenschaftlern geführten Gespräche hatten zum einen die jüngste Entwicklung ländlicher Regionen zum Inhalt, sie beschäftigten sich ferner mit aktuellen Problemen der Hochschulausbildung. Der Besuch von vier landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in Mittel- und Ostböhmen sowie in Südmähren mit unterschiedlicher Produktionspezialisierung ließ erkennen, in welcher Weise eine industriell betriebene Großraumlandwirtschaft prägenden Einfluß auf die sozio-ökonomische und bauliche Gestaltung des ländlichen Raumes sowie die Lebensverhältnisse der ansässigen Bevölkerung nimmt. Ergänzende Gespräche zu dieser Thematik mit führenden Vertretern des tschechoslowakischen Instituts für Regionalplanung (TERPLAN) und des Forschungsinstituts für Urbanismus der Akademie der Wissenschaften betrafen besonders die Fragestellung, in welcher Weise stat-

lich gelenkte Raumordnungs- und Raumplanungsvorgaben der in hochindustrialisierten Gesellschaften ablaufenden Konzentration von Bevölkerung, Ressourcen, Produktion und Dienstleistung in Ballungsgebieten mit ihren nachteiligen Folgen für ländliche Regionen begegnen.

In der Zielsetzung zukünftiger Raumordnungspolitik scheint sich in der CSSR ein Umschwung zugunsten einer Dekonzentration und verstärkter Nutzung ländlicher Räume für Klein- und Mittelindustrie sowie Freizeitgestaltung und Wohnen mit teilweise privatem Kapitaleinsatz anzubahnen. Zahlreiche Aspekte der gegenwärtigen Situation des ländlichen Raumes in der CSSR haben ihre Parallele in der jüngsten Entwicklung ländlicher Problemregionen in der Bundesrepublik Deutschland, beispielsweise des Nordwestraumes Niedersachsens. Rainer Krüger hofft, daß die einmal geknüpften Kontakte mit den genannten staatlichen Planungsinstanzen und dem Geographischen Institut der Akademie der Wissenschaften der CSSR mit Sitz in Brünn und der Abteilung in Prag fortgeführt werden können.

Hochschule, Wirtschaft und Verwaltung dar. Allerdings werde auch das mit Hilfe der Studienreform verbesserte künftige Studienangebot, das die Anforderungen der beruflichen Praxis stärker einbeziehe, keine Beschäftigungsgarantien vermitteln können. Weder staatliche Lenkung der Bewerberströme, noch die Förderung, Wirtschaft und Verwaltung müsse jeden Hochschulabsolventen entsprechend seiner Ausbildung und den davon geknüpften Erwartungen unterbringen, seien die richtigen We-

Bei allen Reformbemühungen werde man den Studienverlauf nicht aus dem Spannungsverhältnis von wissenschaftlichen Ansprüchen und Anforderungen des späteren Berufslebens herauslösen können.

Bei dem Besuch konnten ferner Fragen der Hochschulausbildung eingehend mit dem Direktor des Forschungsinstituts für das Studium der Ingenieurwissenschaften erörtert werden, der sein Land in den wesentlichen internationalen Gremien vertritt, die sich mit Fragen der Hochschulausbildung befassen. Die Diskussionspunkte hiesiger Reformabsichten für das Studium, wie verstärkter Berufspraxisbezug oder eine Abwendung von zu enger Spezialausbildung zugunsten einer stärkeren fachlichen und überfachlichen Allgemeinbildung, sind weitgehend übereinstimmend als wesentliche Reformziele zukünftiger Hochschulausbildung besprochen worden.

Nach Ansicht Krügers kann der von der Akademie der Wissenschaften der CSSR ermöglichte Besuch als Erfolg gewertet werden. Denn trotz unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Standpunkte und einer derzeit insgesamt nur bescheiden entwickelten Kommunikation zwischen Wissenschaftlern beider Länder war überall eine ausführende und offene Gesprächsbereitschaft zu verzeichnen.

## Sendereihe mit Wissenschaftlern der Oldenburger Universität

Wissenschaftler der Universität Oldenburg werden in den nächsten Wochen im Rahmen der Schulfunk-Reihe „Aus Forschung und Lehre“ im Dritten Programm des Norddeutschen Rundfunks mit Beiträgen aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen vertreten sein. Die Sendungen beginnen jeweils Dienstag um 17.30 Uhr. Die Themen sind:

7.10.80: Prof. Dr. Jens Windelberg „Nordwestniedersachsen: Abdrift in die technologische Unterentwicklung?“

14.10.80: Prof. Dr. Gert Janssen „Nomaden im Tschad: Leben in der Natur oder Leben von der Natur?“

21.10.80: Josef Diekmann „Im-

mer mehr Informationen - gleicher Zugang für alle?“

28.10.80: Dr. Manfred Dierks „Walter Kempowski's 'Tadellöser & Wolff' als Geschichtsbuch“

4.11.80: Prof. Dr. Helge Peters „Jugendhilfeplan oder verplante Jugend? Aus der Arbeit eines Soziologenteams der Universität Oldenburg“

11.11.80: Prof. Dr. Ernst Hinrichs „Was Kirchenbücher dem Historiker verraten: Bevölkerungsgeschichte in Nordwestdeutschland“

18.11.80: Dr. Barbara Vahland „Auf der Suche nach vergessenen Geschichten. Frauen und Literatur in den USA“

## Kurz notiert • Kurz notiert

„Trotz der positiven Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots im Lande Niedersachsen, bedingt u.a. auch durch die in den letzten Jahren verstärkte Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst, sieht die Landesregierung keine Veranlassung, Ausbildungsplätze im Bereich der Hochschulen und Fachhochschulen abzubauen.“ Diese Zusammenfassung gab das Niedersächsische Wissenschaftsministerium auf eine Kleine Anfrage im Landtag. Von 1976 bis 1980 sind die Ausbildungsplätze von 921 auf 1.125 gestiegen. Für 1981 wurde wiederum ein Zuwachs von elf Stellen geplant. 1979 waren nach Angaben des Ministeriums 200 Plätze ganzjährig oder zeitweilig nicht besetzt, 1980 sind es 189. „Die hohe Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze ist darauf zurückzuführen, daß allein bei den Kliniken der Universität Göttingen zur Zeit rund 150 Ausbildungsplätze wegen der engen räumlichen Verhältnisse in der Krankenpflegeschule bis zum voraussichtlichen Umzug in die Altklinik im Haushaltsjahr 1982 nicht besetzt werden können.“

Der 34. Deutsche Betriebswirtschaftler-Tag findet vom 20. bis 22. Oktober in Berlin statt, zu dem ca. 1000 Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspraktiker als Besucher erwartet werden. Der Eröffnungstag steht unter dem Motto „Bildung und Wettbewerbsfähigkeit“. Redner zu diesem Thema: Der Präsident der Schmalenbach-Gesellschaft - Deut-

sche Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V., Dr. Max Günther (Siemens AG), Professor Dr. Nikolaus Lobkowicz, Präsident der Universität München und Eberhard von Brauchitsch (Friedrich Flick Industrieverwaltungs KGaA).

200.700 Abiturienten befragte das Statistische Bundesamt nach ihrer Studienbereitschaft. 68,3 Prozent wollen nach dieser Erhebung eine Hochschule besuchen (Männer: 72,5 Prozent, Frauen: 63,0 Prozent). Niedersachsen (70,6 %) hat nach Hamburg (73,3 %) die zweithöchste Quote der Studienwilligen. Von den 137.000 studienwilligen Abiturienten wollen fast 18.000 (13,1 %) ein Lehramt anstreben. 1972 betrug die Zahl noch fast 40.000. Als Berufsziel werden heute angegeben: Lehramt an Gymnasien 10.400 (58 %), Lehramt an Grund-, Haupt- und Sonderschulen 4.800 (27 %), Lehramt an Realschulen 1.600 (9 %) und Lehramt für Berufsbildende Schulen 1.100 (6 %).

Eine Überforderung durch das Maß der in Göttinger Wissenschaftlern obliegenden Aufgaben liegt nicht vor. Diese Auffassung vertrat der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Eduard Pestel (CDU) jetzt in einer Pressemitteilung seines Hauses. Pestel wandte sich mit dieser Beurteilung gegen eine Untersuchung des Göttinger Soziologen und Sprechers der dortigen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dr. Rainer W. Hoffmann.

## Kontaktstelle DGB-Uni geplant

Begrüßt hat der Senat die Initiative des DGB Niedersachsen, zur Ausführung des seit 1974 bestehenden Kooperationsvertrages mit der Universität eine Kontaktstelle Hochschulen-Gewerkschaft für die Hochschulregion Oldenburg einzurichten.

Ob die Initiative des Landesbezirks erfolgreich sein wird, steht allerdings noch nicht fest, denn insgesamt können in der Bundesrepublik lediglich drei Kontaktstellen geschaffen werden; fünf Standorte sind aber im Gespräch: Tübingen, Kassel, Dortmund, Hamburg und Oldenburg.

Die Kontaktstellen werden gemeinsam vom Bundeswissenschaftsministerium und der Gewerkschaft finanziert und wahrscheinlich als Vereine organisiert, ebenso wie seinerzeit der Verein zur Förderung der Studienreform eine gewerkschaftliche Einrichtung, an deren Stelle jetzt die Kontaktstellen treten sollen. Das staatliche Engagement wird damit begründet, daß Arbeitnehmer bessere Möglichkeiten haben müßten, am Wissenschaftsbetrieb teilzuhaben.

Die endgültige Entscheidung darüber, wo die drei Kontaktstellen eingerichtet werden, fällt demnächst der DGB-Bundesvorstand. Sollte er sich für Oldenburg aussprechen, wird die Kontaktstelle nicht allein für die Verbindung zur Universität zuständig sein, sondern zu allen Hochschul-einrichtungen des Nordwestraumes.

## „Generalist“ nicht gefragt

Bei den internationalen Organisationen ebenso wie in der Wirtschaft und Industrie in der Bundesrepublik ist in Anfangsstellungen der „junge Fachmann mit Spezialkenntnissen“ gefragt, nicht aber der Generalist mit langjährigem Universitätsstudium, Auslands Erfahrungen und deutschem Staatsexamen als Abschluß. „Das hat unter anderem eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. und des Instituts für politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität Köln ergeben. Wie es in einer Pressemitteilung der VW-Stiftung, die das Projekt finan-

zierte, dazu heißt, seien deshalb integrierte Studiengänge im Hinblick auf spätere Anstellungschancen nicht zu empfehlen.

Die sogenannte Auslandsfähigkeit deutscher Studenten könnte nach Meinung der Wissenschaftler somit eine wesentliche Ursache in der Haltung der Arbeitgeber haben, im Ausland erworbene Kenntnisse und Erfahrungen nicht als Grundvoraussetzung für eine Karriere in der Bundesrepublik anzuerkennen, sondern eine praxisbezogene Aus- und Fortbildung als Einstellungsbedingung in den Vordergrund zu stellen.

# Entscheidend: Der weitere Ausbau der Universität

Bericht über die Amtszeit des mit der Wahrnehmung der Aufgaben beauftragten Präsidenten

1. Eine entscheidende Frage für die Universität Oldenburg ist die ihres weiteren Ausbaus. Ihre wissenschaftlichen Leistungen und ihr wissenschaftlicher Ruf werden in starkem Maße davon abhängen. Die Universität hat vor sechseinhalb Jahren ihren Studienbetrieb aufgenommen. In dieser Zeit hat sich kaum mehr als eine Grundstruktur ihrer fachlichen Gliederung ausbilden können. Diese Struktur muß ergänzt und ausgefüllt werden. Wir haben uns von der Universität aus intensiv darum bemüht, deutlich zu machen, daß die Auseinandersetzung um die Studienplatzzielzahlen erst das zweite Problem ist, den Vorrang dagegen unser Bemühen um die Vermehrung der Fächer und Studiengänge, also das Bemühen um Verbreiterung des Fächerspek-

trums und um inhaltliche Differenzierung hat. Die jetzt gerade zum Amtsantritt des neuen Präsidenten erfolgte Ablehnung des Studiengangs Zahnmedizin ist da freilich kein gutes Signal aus Hannover. Auch die Begründung, daß zunächst die qualitative Ausstattung der vorhandenen Ausbildungsstätten verbessert werden müsse, ehe an eine quantitative Kapazitätsausweitung gedacht werde, kann in einer Neugründung in geographischer Neulage wenig überzeugen. Unsere Oldenburger Sachverständigenkommission hat hier mit guten Gründen ganz anders argumentiert, und wahrscheinlich werden sich diese besseren Gründe über kurz oder lang durchsetzen. Exemplarisch für die Situation der Oldenburger Universität ist der Ver-

lauf der Dinge beim rechtswissenschaftlichen Studiengang. Nach den Zusagen unseres Ministers, Professor Pestel, wie sie mit einem größeren Verbindlichkeitsgrad nicht abgegeben werden können, haben dann im Verlauf des letzten Winters der Minister und das Kabinett diese Zusagen zum Teil wieder zurückgezogen und einer Expertenkommission übertragen, darüber zu befinden, ob in Oldenburg ein juristischer Studiengang und mit welchem Schwerpunkt eingerichtet werden solle. Ich muß hier nicht die Gründe und Standortvorteile wiederholen, die für einen juristischen Studiengang sprechen. Sie werden von breiter Zustimmung in der Öffentlichkeit dieser Region getragen. Kennzeichnend dafür ist, daß nicht der amtierende Präsident, sondern eine Gruppe von Vertretern des öffentlichen Lebens dem Ministerpräsidenten unsere Denkschrift überreicht hat. Wohl aber möchte ich noch einmal betonen, daß wir die Berechnungen des Ministeriums, daß ein Studiengang Rechtswissenschaften nur mit einer Betriebsgröße von 600 Studienplätzen sinnvoll sei, durchaus nicht teilen; wir würden sie deutlich geringer ansetzen.

Angesichts dieses Hin und Hers in der Frage des rechtswissenschaftlichen Studiengangs ist der Universität und damit der immer mit betroffenen Nordwest-Region dringend eine klare und verlässlichere Politik der Landesregierung zu wünschen, bei der eine Zusage auch dann als Zusage bestehen bleibt, wenn von anderer interessierter Seite Bedenken kommen.

## Angebot und Ausbau umstritten

Die Universität würde es begrüßen, wenn die Auseinandersetzung um die Studienplatzzielzahlen nicht weiter fortgeführt würde. Diese Zahlen sind ohnehin fiktive Größen, weil z.B. durch unterschiedliche Festsetzungen die Überlastquoten beinahe beliebig verschiebbar sind. Unsere tatsächliche Studentenzahl hat jetzt - bei jährlichen Zuwachsraten zwischen zehn und zwanzig Prozent - schon rund 5.500 erreicht und wird, wenn die Einschreibungen des kommenden Wintersemesters feststehen, noch um einiges höher liegen. Die Diskussion, ob die Studienplatzzielzahl bei 5.500, 5.800 oder 6.100 liegen soll, verliert angesichts dessen an Realitätsgehalt. Nicht zuletzt aber sind im Laufe des letzten Jahres so gut wie alle langfristigen Prognosen über das vermutete drastische Absinken der Studentenzahlen in den 90er Jahren zweifelhaft geworden, und viele Annahmen wie auch eigene Berechnungen hier im Hause für das Weser-Ems-Gebiet lassen es möglich erscheinen, daß nach dem steilen Anstieg bis Mitte der 80er Jahre die Kurve der Studentenzahl auf einem Hochplateau weiterläuft und die prognostizierte Talfahrt auf das Jahr 2000 zu nicht stattfindet.

Einen wichtigen, aber aufs Ganze gesehen doch kleinen Erfolg hat die Universität damit erreicht, daß ein Studiengang Deutsch für Ausländer für den Lehramtsbereich eingerichtet werden soll. Geplant ist außerdem ein Arbeitsbereich für Bewegungstherapie und Spieltherapie. Für Philosophie und Romanistik bestehen z.T. keine Aussichten. Wenn die Berechnung der Lehrkapazität im Landesdurchschnitt für Romanistik oder Philosophie ergibt, daß sie für den Bedarf ausreichend sei und folglich in Oldenburg weder für das eine noch für das andere Studiengänge eingerichtet werden sollen, halten wir das für eine falsche Politik. Eine Universität braucht ein hinreichend breites Fächerspektrum als Grundbestand, um ein ausreichendes Studienangebot gewährleisten zu können. Die Universität Oldenburg ist eingerichtet

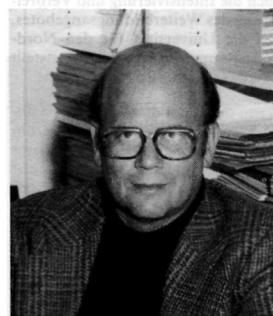
worden in einer Randregion des Landes zur Versorgung der Bevölkerung dieser Region mit Studienangeboten. Alle Planungen, die von Durchschnittsberechnungen auf Landesebene ausgehen, laufen jenem Ziel zuwider, sondern stärken allenfalls die ohnehin schon starken Positionen in anderen Landesteilen.

Der Ausbau der Universität hängt auch mit der Gebäudekapazität zusammen. Hier ist im Berichtszeitraum, wenn auch mit mehreren Jahren Verzögerung, ein erster großer Schritt mit dem Baubeginn am Uhlhornsweg getan. Wenn es außerdem gelingt, in diesem Jahr mit dem Bau in Wechloy zu beginnen, scheint vorerst auch dieses Bauvorhaben für die Naturwissenschaften gesichert. Freilich ist nur noch wenig Zeit bis zum Beginn des Winters. Zu meinem Bericht gehört auch, zu erwähnen, mit welchem kaum vorstellbaren Aufwand um wenigstens die Einschränkung der Kürzungen und Abstriche gerungen werden mußte und wie viel Hilfe die Universität dabei von außen erfahren hat. Für diese Unterstützung darf ich auch an dieser Stelle noch einmal Dank sagen. Für die Zeit bis zur Fertigstellung der jetzt im Bau befindlichen Gebäude sind umfangreiche Flächen angemietet worden, für die Naturwissenschaften zwei ehemalige Fabrikgebäude, eines davon hier ganz in der Nähe der Universität. Es scheint aber auch festzustehen, daß die Gebäude des ehemaligen Max-Planck-Instituts in Wilhelmshaven endgültig für die Universität Oldenburg verloren sind.

Die Ausbauproblematik zeigt sich schließlich in einer zum Teil unausgewogenen Personalstruktur. Der Nachholbedarf in Verwaltung, Technik und vor allem im Labordienst ist beträchtlich, und es hat den Anschein, daß hier nur in sehr kleinen Schritten Abhilfe geschaffen wird. Berufungen renommierter Wissenschaftler nach Oldenburg gestalten sich deshalb schwierig. Auch Rufe, die Oldenburger Wissenschaftler von anderen Hochschulen erhalten, sind aus diesem Hintergrund eine zweischneidige Angelegenheit. So sehr sie eine Auszeichnung für die betreffenden Wissenschaftler und damit auch für unsere Hochschule sind, so sehr ist es doch auch ein Verlust für unsere Universität, wenn es aufgrund ungenügender Arbeitsbedingungen nicht gelingt, diese Wissenschaftler hier zu halten.

## ELAB-Erfahrungen für die Zukunft sichern

2) Da diese Universität auf der Basis einer Pädagogischen Hochschule gegründet worden ist, spielt die Lehrerausbildung auch heute noch eine bedeutsame Rolle. Freilich sind es noch kaum mehr als die Hälfte der Studenten, die sich in den Lehramtsstudiengängen befinden. Man wird damit rechnen können, daß in Kürze die Zahl der Diplomstudenten überwiegen wird. In die Berichtszeit fällt die Verabschiedung des Gesetzes über die Beendigung des Modellversuchs der einphasigen Lehrerausbildung, und zwar endet diese Ausbildungsform für einige Studiengänge vor dem geplanten Ende des Versuchs. Dieser Modellversuch war und ist einer der anspruchsvollsten Reformversuche an einer der Hochschulen der Bundesrepublik. Aber große Modellversuche in der Schule oder Hochschule sind eben doch etwas ganz anderes als naturwissenschaftliche Experimente im Laboratorium. Es sind das vor allem Versuche der Initiatoren und Beteiligten mit sich selbst und in der Konfrontation mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt. Da diese Versuche auf Veränderung zielen, sind es politische Versuche, die auch von ihren Gegnern so verstanden und deswegen weniger rational kritisiert als politisch angegriffen werden. Es überkreuzen sich dabei neben manchem anderen das For-



Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke

schungs- und Innovationsinteresse der Hochschule einerseits und das Regulierungsinteresse der staatlichen Regierungsgewalt auf der anderen Seite.

Der Niedersächsische Kultusminister, Dr. W. Remmers, hat dem Modellversuch und seinen bisherigen Ergebnissen vor vier Wochen an dieser Stelle durchaus befriedigende Zensuren erteilt und die Beendigung des Versuchs vor allem politisch begründet. Insbesondere hat er darauf hingewiesen, daß die Erfahrungen aus diesem Versuch sorgfältig ausgewertet werden müßten und in die künftige zweiphasige Lehrerausbildung einfließen sollten. Der Kultusminister hat dazu aufgrund einer Entschließung des Landtages mehrere Gutachten in Auftrag gegeben. Ein vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung erstelltes Gutachten liegt bereits vor. Hier in der Universität, aber auch in anderen Bundesländern und im Ausland wird der Fortgang des Modellversuchs mit großem Interesse verfolgt.

## Kritik an Hochschulgesetz

3) Das vergangene Amtsjahr war in hohem Maße gekennzeichnet durch die wohl nur in den anderen Hochschulen vorstellbaren Mühen, Schwierigkeiten und Reibungen bei der Praktizierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes. Dieses offenkundig überall ungeliebte Gesetz greift tief in sämtliche Bereiche der Hochschule ein. Ein Kernpunkt war für die Universität die Debatte und die Beschlußfassung über ihren Organisationsplan, aber auch die Satzung und die Wahlordnung der Studentenschaft mußten angepaßt werden, ebenso wie alle Prüfungsordnungen geändert werden müssen. Kaum ein Bereich bleibt unberührt. Ein besonders schwerwiegender Eingriff ist die Veränderung der Personalstruktur vor allem im wissenschaftlichen Bereich, denn es handelt sich um Veränderungen, die an Personen vorgenommen werden, nicht an Stellen. Das hat in etlichen Fällen durchaus dramatisch-tragische Folgen für die Betroffenen.

## Erfolgreiche Kooperationen

4) Wegen der kontinuierlichen Arbeit in Forschung und Lehre, von der man ja am Ort selbst oft am wenigsten erfährt, stand das intensive Bemühen um die Pflege der Beziehungen der Universität besonders zu Personen und Institutionen hier am Ort und im weiteren Umkreis. Die Kooperationsvereinbarung mit der Universität Groningen ist darin der markanteste Punkt. Jede der beiden Universitäten hat für das erste Jahr 50.000 Gulden bzw. DM aus ihren Haushaltsmitteln speziell für diese Kooperation bereitgestellt, und es zeigt sich schon jetzt, daß das Geld dafür nicht reichen wird. Wissenschaftliche Tagungen und Kongresse hier bei uns in Oldenburg ebenso wie die rege Teilnahme von Oldenburger

Fortsetzung auf Seite 4

## „Wir befürchten: Glück allein genügt nicht!“

Edith Goldmann, AStA-Sprecherin, zur Amtseinführung

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen!

Der AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg weiß es zu schätzen, daß ihm - wenn auch erst nach einigen kräftigen Erinnerungen - Gelegenheit gegeben wird, hier als Repräsentant der großen Mehrheit der Universitätsangehörigen einige Worte aus Anlaß der Amtseinführung unseres künftigen Präsidenten zu sagen.

Wir sind für diese Gelegenheit umso mehr dankbar, als wir in der Vergangenheit ja nicht gerade verwöhnt worden sind mit der Anwesenheit so vieler erlauchter Gäste, die zumeist fernab von unserer Arbeitsstätte Universität ständig wichtige Entscheidungen treffen, die unser Leben und Arbeiten als Studenten zum Teil gravierend beeinflussen.

Da man es offenbar nicht für nötig hielt, sich vor Ort mit den Sorgen und Nöten der Studenten auseinanderzusetzen, hat sich die Studentenschaft bereits mehrfach in Richtung Hannover in Marsch setzen müssen, was uns bereits den Namen „fahrendes Volk“ eingetragen hat.

Seitdem Studenten in Oldenburg zu Beginn des Semesters, weil sie nicht wissen, wo sie eine feste Unterkunft finden können, in Wohnwagen und Zelten kampieren müssen, hat diese Bezeichnung eine weitere exotische Nuance erhalten.

Sei es, wie es sei, wir ergreifen diese Gelegenheit beim Schopfe, wenigstens jetzt auf einige der vielen Probleme aufmerksam zu machen, die uns in der Vergangenheit in unserer Arbeit als Studentenvertretung bestimmt haben und uns angesichts der überall auszumachenden Verschärfungen in Zukunft noch stärker beschäftigen werden.

Wir haben uns heute hier versammelt, um dem neuen Präsidenten der Universität unsere Referenz zu erweisen. Wir brauchen keinen Hehl daraus zu machen, daß Herr Zilleßen unser Kandidat nicht war, und er auch nicht mit unseren Stimmen gewählt worden ist.

Aber ich möchte gerade deshalb ganz besonders deutlich machen, daß alles, was ich in folgenden anmerken werde, ganz genauso anläßlich der Amtseinführung eines von uns unterstützten Kandidaten hätte gesagt werden müssen.

Denn, was es zu vermerken gilt, ist nicht, daß Herr Zilleßen hier das gewiß schwierige Amt eines Universitätspräsidenten übernimmt, sondern von weitaus größerer Bedeutung ist, daß diese Amtseinführung mit dem Beginn der Präsidentschaftsverfassung auch einen neuen Abschnitt in der Exekution des Hochschulrahmengesetzes, bzw. des Niedersächsischen Hochschulgesetzes markiert.



AStA-Sprecherin Edith Goldmann

Die Studentenschaft der Carl-von-Ossietzky-Universität hat sich seit der Gründung ihrer Hochschule in besonderem Maße den in unserer Grundordnung niedergelegten Prinzipien einer sich in gesellschaftlicher Verantwortung für den Frieden und den sozialen Fortschritt von allen Mitgliedern der Arbeitsstätte Hochschule gemeinsam getragenen Wissenschaft in Lehre und Forschung verpflichtet gefühlt.

Wir sehen in der Durchführung des Hochschulrahmengesetzes und des Niedersächsischen Hochschulgesetzes nicht nur keinen hilfreichen Rahmen für die wirksame Realisierung dieses Anspruches, sondern ein direktes Hindernis.

Was also sollte uns bei einem Anlaß, den wir nicht Herrn Zilleßen, sondern dem Hochschulgesetzgeber verdanken, freudig oder gar feierlich stimmen? Was haben wir hier eigentlich zu feiern?

- Etwas den Abbruch der Einphasigen Lehrerausbildung?

- Den Abbau der Reformbestandteile in den Diplomstudiengängen?

- Die jämmerliche materielle Ausstattung dieser Universität?

- Die Einschränkung der studentischen Mitbestimmung?

- Die Einführung der Regelstudienzeit?

- Die Zwangsexmatrikulation durch die Hintertür des § 17a?

- Das Inkrafttreten neuer verschärfter Studien- und Prüfungsordnungen?

- Die Androhung, das Ordnungsrecht beim Gebrauch des Politischen Mandats anzuwenden?

- Der Versuch, die Verfaßte Studentenschaft überhaupt zu verbieten?

- Die wachsende psychische Verelendung der Studenten?

- Den wachsenden Anteil der Studenten, die ohne ausreichende finanzielle Absicherung ihr Studium bestreiten müssen?

Angesichts dieser massiven Probleme können wir dem neuen Präsidenten nur viel Glück wünschen! Wir befürchten aber: Glück allein genügt nicht!

# „Ich wünsche Ihnen - und uns! - Freude, Glück und Erfolg“

Staatssekretär Rolf Möller vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst in der Aula der Universität

Wissenschaftlern an Kongressen im In- und Ausland gehören dazu. Der Pflege der Beziehungen dient aber auch die Intensivierung und Verbreiterung des Weiterbildungsangebotes, das die Universität für den Nord-West-Raum als Angebot bereitstellt und das starken Zuspruch findet.

Wenn man über die Beziehungen unserer Universität nach außen hin spricht, wird man auch etwas anderes hinzufügen müssen, das sich nicht einfach nur aufzählen läßt. Beziehungen sind immer auf Gegenseitigkeit abgestellt, und selten liegt der Grund für Störungen nur auf einer Seite. Aber vieles von dem, das in einer Universität, das in dieser Universität geschieht, wird draußen von vielen nicht oder nur schwer verstanden. Freilich, in der jungen Generation sieht das anders aus. Sie hat diese Universität längst akzeptiert. Zwischen Studenten und Schülern bestehen viele Verbindungen, aber vor allem auch zwischen Studenten und der berufstätigen Jugend. Eines aber von dem, was schwer verständlich scheint, möchte ich zu beschreiben versuchen. Die meisten von denen, die an dieser Universität leben, identifizieren sich mit ihr in einem ganz ungewöhnlichen und erstaunlichem Ausmaß: Studenten, Wissenschaftler, Mitarbeiter in allen Bereichen. Das äußert sich manchmal durchaus leidenschaftlich und vehement und nimmt expressive Formen an, die gängiger Konvention fremd sind. Aber es steht dahinter Identifikation mit einer Aufgabe, einer Verpflichtung und vor allem mit dieser Korporation Universität. Aber umgekehrt ist die Universität keineswegs das einheitliche Gebilde, als das sie von außen oft gesehen oder beschrieben wird. Eine solche Hochschule birgt zu viele verschiedene Kräfte und Gruppen in sich, als daß man sie auf irgendeinen gemeinsamen Nenner bringen könnte. Die Universität ist ein Arbeitsplatz für mehrere tausend Menschen. Bei weitem nicht alle, die hier arbeiten, sind Wissenschaftler. Alles, was man von außen sieht und nach außen hin darstellen kann, ist nur ein Ausschnitt, ein Aspekt. Das meiste ist ruhige, meistens unauffällige und manchmal mühselige tägliche Arbeit im Bereich der Wissenschaft, so wie an anderen Arbeitsplätzen auch.

## Dank an Krüger und Busch

Zum Schluß obliegt mir noch eins. Als ich zum 1. Oktober vorigen Jahres vom Minister beauftragt wurde, das Amt des Präsidenten zu übernehmen, das ich jetzt wieder abgebe, sind der frühere Rektor, Prof. Dr. Rainer Krüger, und der stellvertretende Rektor, Prof. Dr. Friedrich W. Busch, still und ohne Abschied aus ihren Ämtern geschieden. Eine Verabschiedung läßt sich schwerlich mehr nachholen. Aber ich möchte unterstreichen, daß ich in diesem Berichtsjahr in vielem nur fortführe, was die Kollegen Krüger und Busch vorher schon ins Werk gesetzt hatten. Man mag ihre Arbeit gutheißen oder kritisieren, nur stillschweigend übergehen darf man sie nicht. Nur einer ihrer Kritiker, nämlich Wolfgang Schulenberg, hat vor einem Jahr ihre Arbeit gewürdigt. Er schrieb: „Rainer Krüger und Friedrich W. Busch haben über Jahre hinweg ihre Kraft der Selbstverwaltung unserer Universität gewidmet. Für Rainer Krüger sind es zusammen mit der Tätigkeit im Gründungsausschuß mehr als acht Jahre: eine ganze Lebensphase, die zugleich die erste Aufbauphase der Universität ist,“ und er fügte hinzu: „Wir alle schulden ihnen Dank dafür!“ Dieses wollte ich heute noch einmal wiederholen.

Meinen Bericht schließe ich mit meinem herzlichen Dank an alle Mitglieder und Angehörigen der Universität für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung in diesem meinem Amtsjahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

auf den Tag genau zwei Jahre nach Inkrafttreten des Nieders. Hochschulgesetzes - und ein Jahr später als die anderen niedersächsischen Universitäten - hat die Universität Oldenburg am Ersten dieses Monats die Leitung erhalten, die das Gesetz vorsieht: einen für sechs Jahre gewählten hauptamtlichen Präsidenten, zwei Professoren der Universität als Vizepräsidenten und den Kanzler. Mit dem 1. Oktober 1980 haben Sie, Herr Professor Raapke, sich vom Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten zum Vizepräsidenten gewandelt. Sie verbürgen damit das auch vom Gesetzgeber gewollte Element personeller Kontinuität in der Hochschulleitung. Ich halte es für ein gutes Zeichen, daß Sie zum Vizepräsidenten gewählt worden sind. Ich danke Ihnen für die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit.

Nach dem Text der Einladung zur heutigen Feier obliegt es mir, Sie, Herr Dr. Zilleben, in das Amt des Präsidenten der Universität Oldenburg einzuführen. Das hat seinen guten Grund darin, daß der Universitätspräsident von Gesetzes wegen Leiter einer Einrichtung des Landes Niedersachsen ist, die beim Nieders. Minister für Wissenschaft und Kunst ressortiert. Zugleich ist das Amt des Universitätspräsidenten aber auch ein solches der akademischen oder besser körperschaftlichen Selbstverwaltung. Das Gesetz nennt die beiden Elemente dieses Doppelamtes sogar in umgekehrter Reihenfolge. Es wäre mir lieb, wenn dieser Akt der Amtseinführung durch den Vertreter der Landesregierung weniger juristisch formal als vielmehr als Zeichen des vernünftigen Miteinander verstanden würde.

Sie treten ein Amt an, das allgemein und im besonderen Oldenburgs als schwer zu bezeichnen ist. Es hängt mit dem Doppelcharakter des Amtes in der Selbstverwaltung und in der staatlichen Verwaltung zusammen, daß Universität und Land bei der Wahl eines Universitätspräsidenten zusammenwirken müssen. Wie einschneidend diese gesetzliche Regelung sein kann, ist nirgends so deutlich geworden wie in der Universität Oldenburg.

Nach dem Gesetz vertritt der Präsident die Universität und leitet ihre Verwaltung. Er ist dabei für alles zuständig, was nicht durch Gesetz oder Grundordnung anderen Organen der Universität übertragen worden ist. Besonders zweischneidig ist das Recht des Präsidenten - das zugleich eine Pflicht ist -, Beschlüsse und Maßnahmen der anderen Organe dann zu beanstanden, wenn er sie für rechtswidrig hält. Das gilt auch für die Sphäre der Selbstverwaltung, die sich ja im Rahmen der Gesetze halten muß. Und der Segen des Gesetzes ist keineswegs eindeutig.

Ich habe das Amt des Universitätspräsidenten aber nicht vor allem aus diesen Gründen schwer genannt, sondern weil die Erfüllung der Aufgaben der Universität von Natur aus schwer ist und in den kommenden Jahren noch schwerer werden wird. Im Zentrum der Aufgaben stehen - mit den Worten des Hochschulgesetzes - „Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium.“ Die Reihenfolge: „Forschung, Lehre, Studium“ ist nicht zufällig gewählt worden. Sie entspricht der Logik und dem, was sich bewährt hat.

Alle Diskussionen der letzten 15 Jahre haben nichts daran ändern können, daß eine Universität nur so gut sein kann wie die an ihr betriebene Wissenschaft (oder Forschung). Deren Qualität bestimmt die Lehre und danach das Studium. Damit sind wir bei der alten Erfahrung, daß die Wissenschaftler - sprich Professoren - das Gesicht und das Gewicht der Universität prägen. Natürlich brauchen Wissenschaftler Geld, und das läßt sich aus bekannten Gründen nur maßvoll zusagen. Sie brauchen aber anderes, das sich ohne Geld schaffen läßt: Wissenschaftsförderliche Organisationsformen und ein wissenschaftsfreundliches Klima. Sie müssen von der Universität selbst geschaffen werden; das Land kann nur verhältnismäßig wenig dazu beitragen.

Ich weiß, daß es in der Universität umstritten ist, wenn die Höhe der Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Maßstab für die forschende Produktivität genommen wird. Ich halte das aber auch dann für einen interessanten Indikator, wenn es zutreffen sollte, daß die Universität Oldenburg z.Z. relativ höhere Zuschüsse für Forschungszwecke von anderen fördernden Institutionen erhält als andere Hochschulen. Es dürfte realistisch sein, nicht auf längere Sicht darauf zu vertrauen, daß Zuschüsse anderer forschungsfördernder Institutionen ausbleibende Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgleichen werden.

Ich würde es begrüßen, wenn es zwischen der Universität und dem Ministerium zu einem ernsthaften Dialog über die Möglichkeiten käme, die Forschung zu intensivieren. Mit ernsthaft meine ich, daß in einem solchen Dialog nicht etwa nur beim jeweils anderen die Gründe dafür gesucht werden, daß die Zustände nicht besser sind.

Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, einen florierenden Forschungsbetrieb aufzubauen, wenn knappe Ressourcen und schnell steigende Studentenzahlen dafür wenig Spielraum lassen. Deshalb lege ich den Akzent auch nicht auf evtl. Versäumnisse des vergangenen Jahrzehnts, sondern da-

rauf, daß für die Zukunft Änderungen notwendig sind.

Mein Eindruck ist, daß sich die Organe, die für die universitätsinterne Ressourcen-Verteilung zuständig sind, noch zu wenig zu Entscheidungen haben durchbringen können, die Forschungsleistungen fördern und prämiieren. Als extremes Beispiel: die Tatsache, daß Professoren Zuschüsse von dritter Seite für Forschungszwecke zur Verfügung stehen, darf nicht dazu führen, daß sie deswegen geringere Anteile an den Mitteln des Landeshaushalts erhalten - eher im Gegenteil. Die Universität muß es sich - zu Lasten der vorhandenen Wissenschaftler - auch gelegentlich etwas kosten lassen, schon profilierte Forscher anstelle vielversprechender Nachwuchswissenschaftler zur Berufung vorzuschlagen.

In der Organisationsform der Universität hat sich die unzureichende Berücksichtigung der Bedürfnisse der Forschung darin niedergeschlagen, daß es unterhalb der Fachbereichsgliederung keine stetigen Organisationseinheiten wie Institute, Seminare oder allgemein wissenschaftliche Einrichtungen gibt. Auch der neue Organisationsplan sieht das nicht vor - im Gegensatz allerdings zum Votum einer gewichtigen Minderheit des Senats. Die bisherige Organisationsstruktur der Universität Oldenburg und das Konzept der Senatsmehrheit sind zu sehr auf Zentralisierung und Einheitlichkeit bedacht. Das verdeckt einerseits wissenschaftliche Unproduktivität und erschwert es andererseits potentiell produktiveren Wissenschaftlern, sich aus dem - vielleicht gar nicht schlechten - Mittelmaß herauszuwickeln, jedenfalls dann, wenn dafür auch überdurchschnittliche Aufwendungen nötig sind. Das Renommee der Universitäten als Forschungsstätten ist aber nicht davon abhängig, ob ein wie auch immer ermittelter Durchschnitt gut oder weniger gut ist, sondern davon, in welchem Umfang es zu exzellenten Leistungen kommt.

Die Organisationsstruktur muß das richtige Maß von Einheit und Vielfalt finden und mit einer gewissen Beständigkeit festschreiben. In ihr müssen Zusammenfügen und Abgrenzen so enthalten sein, daß fächerübergreifende Zusammenarbeit möglich ist und fachbezogene Entscheidungen bei den fachlich Kompetenten liegen. Die Versuche für Fachfremde, in die Angelegenheit eines Faches hineinzueregieren, muß gering gehalten werden. Die Organisationsstruktur darf nicht so angelegt sein, daß Willensbildungsprozesse erst zum Abschluß kommen, wenn Lösungen gefunden sind, die für die ganze Hochschule passen. Die Vorstellung von der Organisationsstruktur einer Universität sollte die eines föderalistischen Gebildes sein, in dem Teilbereiche sich



Staatssekretär Rolf Möller

auch sehr unterschiedlich entwickeln können.

Ein wichtiger Aspekt der organisatorischen Gliederung unterhalb der Fachbereichsebene ist die darauf folgende Übernahme der Gliederung in die Beilage zum Haushaltsplan. Darin werden den wissenschaftlichen Einrichtungen Stellen und Sachmittel für Forschung und Lehre zugeordnet. Dieser Vorgang hat nichts mit einer Schmälerung der Verteilungskompetenzen des Senats und der Haushalts- und Planungskommission zu tun. Bei der Aufteilung in der Beilage wird nach den Erfahrungen bei den Universitäten, die schon seit langem eine Organisationsstruktur unterhalb der Fachbereichsebene haben, fast immer den Vorschlägen des Senats gefolgt. Die Aufteilung bewirkt zunächst nicht mehr, als daß auch nach außen bekundet wird, wie Stellen und Mittel im betreffenden Haushaltsjahr verwendet werden sollen. Die Aufteilung in einem späteren Haushaltsjahr wird aber die des vorangegangenen als Ausgangspunkt zu nehmen haben. Dadurch wird mehr Kontinuität und Verlässlichkeit bewirkt, und manches Stück Verteilungskampf braucht nicht Jahr für Jahr wiederholt zu werden. Mit der Zuordnung der Stellen und Mittel zu den wissenschaftlichen Einrichtungen darf nicht nur der im betreffenden Haushaltsjahr erwarteten Belastung der Fächer in der Lehre Rechnung getragen werden. Mit ihr müssen auch Schwerpunktsetzungen für die Forschung und Vorwagnahme angestrebter Entwicklungsziele verbunden sein. Das ist um so gewichtiger, wenn - wie an der Universität Oldenburg - zahlreiche Fächer und ganze Studiengänge noch im Aufbau begriffen sind. Dabei muß man auch an Verlagerungen innerhalb der Universität denken, denn angesichts der aus der mittelfristigen Planung schon bekannten Zuwachsraten des Hochschulbereichs in den nächsten Jahren kann man nicht damit rechnen, daß die Universität Oldenburg neue Stellen und Mittel in einem Maße erhalten kann, das die Realisierung aller Aufbauprojekte erlaubt.

Dies sind drängende Aufgaben, deren Lösung für die Zukunft der Universität lebenswichtig ist. Man darf sie auch dann nicht aus dem Auge lassen, wenn der physische Ausbau der Universität und die Bewältigung von Studentenzahlen alle Aufmerksamkeit zu beanspruchen scheinen.

Ich wünsche Ihnen, Herr Präsident, daß es Ihnen gelingen möge, während Ihrer Amtszeit Ihre Universität voranzubringen. Sie werden dazu gleichermaßen weitere Gelassenheit wie mutige Bestimmtheit brauchen und die Unterstützung von den Mitgliedern der Universität, den Persönlichkeiten und Institutionen dieser Region und auch von der Landesregierung. Nur für diese kann ich hier sprechen: An der Bereitschaft des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst soll es nicht fehlen. Ich wünsche Ihnen - und uns! - Freude, Glück und Erfolg.



Beim Empfang: Dr. Jürgen Weißbach, Leiter des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung (Mitte), im Gespräch mit Dr. Karlheinz Fischer, Leiter der Oldenburger Volkshochschule; aufmerksamer Zuhörer ist Hubert Bittner, Kreisvorsitzender des DGB in Oldenburg

Foto: Liebig

# „Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Universität“

Universitätspräsident Dr. Horst Zilleßen knüpft an Carl von Ossietzky an

## I. Die Problematik der Folgen von Wissenschaft

Die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Universität hat in unserem Land keine allzu stolze Tradition. Die Verführbarkeit des Wissenschaftlers durch seinen Gegenstand, durch sein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse war in aller Regel so hoch, daß ihn die bloße Lösungsmöglichkeit von Problemen ungleich mehr faszinierte als die Frage nach dem Sinn und den sozialen oder politischen Folgen dieser Lösungen. Vor allem aus der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus wissen wir, daß die Mahnung und Forderung Carl von Ossietzkys weithin ungehört geblieben ist. Er schrieb im Jahr 1918 jene Sätze, die gleichsam programmatisch für die Arbeit dieser Universität sein sollen: „Wissenschaft und Technik waren nicht in erster Linie da zu helfen. Sie schufen Werkzeuge der Vernichtung, Werkzeuge gräßlichsten Mordes. Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen.“ Seine Forderung nach einer „menschlichen Wissenschaft“ hat auch heute nichts an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil - da heute, da jeder zweite Wissenschaftler und Ingenieur mit der Entwicklung noch leistungsfähiger Massen- und Einzelvernichtungswaffen beschäftigt ist (MIT, USA), müßte sie eigentlich als Leitmotiv in jedes Studienbuch eingedruckt werden. Sie hat zudem eine neue Dimension und Zuspitzung dadurch erhalten, daß sie sich nicht mehr nur relativ eindeutig auf Wissenschaft im Dienste der Vernichtung bezieht, sondern Wissenschaft und die Folgen ihrer Anwendung sehr viel grundsätzlicher zur Diskussion stellt.

Daß Wissenschaft gerade auch für die Folgen ihrer Anwendung verantwortlich zeichnet, darauf hat in der Bundesrepublik die sogenannte Götinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr am 12.4.1957 erstmals öffentlich aufmerksam gemacht. Achtzehn deutsche (Atom-)Wissenschaftler erklärten darin, keiner von ihnen sei bereit, „sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.“ Diese beispielhafte Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch eine Gruppe von Wissenschaftlern bezog sich (bezeichnenderweise) auf eine waffentechnische Entwicklung.

Heute sind die entsprechenden Herausforderungen der Wissenschaftler ungleich komplexer, und entsprechend schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie denn nun die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft in Bereichen wie z.B. Energietechnik, Umweltschutz, Gen-Manipulation, Mikroelektronik oder Computer- und Informationstechnik konkret wahrzunehmen sei.

Ich möchte aus den genannten Bereichen zwei herausgreifen, um beispielhaft zu verdeutlichen, welche Probleme sich hier stellen. Zum ersten den Bereich der Mikroelektronik: Bislang konnte man davon ausgehen, daß der technische Fortschritt über die Eröffnung neuer Märkte mehr Arbeitsplätze schuf als er vernichtete. Mit dem Einsatz der Mikroprozessoren, der integrierten Schaltkreise, der Kleincomputer, d.h. mit dem weiteren Vordringen der Mikroelektronik in den Bürobereich, in die Verwaltung, werden viele Arbeitsplätze von Büroangestellten vernichtet und nur wenige Arbeitsplätze in der Produktion, die weitgehend automatisiert ist, neu geschaffen. Möglicherweise gibt es ja positive Beschäftigungsauswirkungen in der Zuliefererindustrie oder in anderen Wirtschaftsbereichen, die von der Mikroelektronik

profitieren. Aber vielleicht wird auch das zentrale Problem der Mikroelektronik das Problem des Arbeitsmarktes sein.

Mancher wird hier einwenden: diese Frage braucht den Wissenschaftler oder Ingenieur, der diese Geräte entwickelt, nicht zu interessieren. Ich frage dagegen: „Kann er, darf er darauf vertrauen, daß sich in der Gesellschaft, in der Politik schon jemand finden wird, der die sozialen Folgen seiner Arbeit zu verantworten bereit ist?“ In diesem Beispiel sind die Folgen vielleicht behebbar und damit verantwortbar, auch wenn sich das, was wir beschönigerweise „Freisetzung“ von Arbeitern nennen, zumindest teilweise in menschlichem Leid niederschlägt.

Bei dem zweiten Beispiel, der Gentechnologie, ist das nicht mehr so eindeutig abzuklären. Parafeld der Gen-Technologie ist die Fähigkeit, Teile eines DNS-Moleküls (DNS = Desoxyribonukleinsäure), das die Erbanlagen enthält, aus einem Organismus in die Zellen eines anderen Organismus zu verpflanzen. Durch die Verbindung zweier DNS-Moleküle, z.B. dem einer Maus und dem eines Bakteriums, entsteht ein neues Molekül, das die Erbanlagen zweier verschiedener Organismen enthält. Wenn dieses „neukombinierte“ Molekül wieder in ein Bakterium eingepflanzt wird, reproduziert es die Erbsubstanz des Bakteriums und die der Maus. Unter günstigen Bedingungen produziert ein solches Bakterium an einem Tag 100 Milliarden Tochterzellen - jede eine identische Kopie der ursprünglichen Neukombination.

Mit dieser Technik kann man auch Teile eines DNS-Moleküls aus menschlichen Zellen in Mäusezellen oder in andere menschlichen Zellen übertragen. Wirtschaftlich interessant ist dieses Verfahren z.B. für die Erzeugung von menschlichem Insulin - indem man Stämme von E.coli-Bakterien züchtet mit den Genen (= den Bauplänen) für menschliches Insulin. Dieses Verfahren ist erheblich wissenschaftlicher als das gegenwärtige, bei dem Insulin aus den Bauchspeicheldrüsen von Rindern gewonnen wird.

Es gibt nun aber bestimmte Stämme des E.coli-Bakteriums, das ein ganz normaler Bewohner unseres Darmtraktes ist, die z.B. bei Kindern Meningitis (Hirnhautentzündung) verursachen. Wenn solche Stämme während der Insulinproduktion in die Umwelt gelangen und sich in ökologischen Nischen ansiedeln können, entsteht eine neue Umweltverschmutzung, die biologische. Sie ist deshalb besonders problematisch, weil es sich um Lebewesen handelt, die sich ungeheuer rasch vermehren, und also nicht so leicht aus dem Ökosystem wieder entfernt werden können.

Zur Diskussion stehen in diesem Zusammenhang nicht nur die kaum abschätzbaren und teilweise nicht mehr korrigierbaren Folgen menschlicher Eingriffe in Organismen und also die mögliche Bedrohung durch neue Krankheiten. Hier tauchen auch soziale Probleme auf, die beispielsweise die Rechtswissenschaft betreffen. Der Oberste Gerichtshof der USA hat kürzlich entschieden, daß wirtschaftliche Unternehmen bestimmte Arten von Organismen, deren Erbanlagen sie manipuliert haben, patentieren lassen können. Damit ist der Weg frei, neue Pflanzenarten oder Mikroorganismen, die zur Bekämpfung des Hungers eingesetzt werden können, in Privateigentum zu überführen. Ihr Einsatz unterliegt dann vorwiegend privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen und weniger den Notwendigkeiten des Bedarfs. - Auch das ist eine soziale Folge von Wissenschaft. Weniger direkt, aber sicher ebenso schwerwiegend sind die Auswirkungen wissen-

schaftlicher Erkenntnisse auf die ethischen Normen unserer Gesellschaft. Fortschritte in der Gen-Technologie sowie in der biologischen und medizinischen Forschung können zu Veränderungen von Wertvorstellungen und Verhaltensweisen führen. Wenn es z.B. durch die vorgeburtliche Diagnostik möglich ist, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit Krankheiten oder genetische Schäden des ungeborenen Kindes zu erkennen, dann kann dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, anstatt das (mögliche) Leid der Krankheit auf sich zu nehmen, die Lösung im Schwangerschaftsabbruch zu sehen. Mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik kann sich auch die Bewertung und damit letztlich der Wert des Lebens ändern, jedenfalls verstärkt für den Menschen offenbar die Versuchung, darüber zu entscheiden, was als „lebenswert“ akzeptiert wird und was nicht.

Sowohl die Natur- und Ingenieurwissenschaften als auch die Human- und Sozialwissenschaften entfallen also soziale Wirkungen und stehen somit vor dem Problem, daß aus ihrer Praxis eine bestimmte Art von Gesellschaft und schließlich auch ein bestimmtes Menschenbild entsteht.

## II. Die neue Qualität der Wissenschafts- und Technologiekritik

Dieser Tatbestand ist als solcher ebensowenig neu wie die Erkenntnis desselben. Die durch den Einsatz von Wissenschaft und Technik auftauchenden sozialen Probleme haben schon immer zu kritischen Einwänden und im Ausnahmefall auch zu Aktionen gegen die Anwendung bestimmter Techniken geführt. Die Kritik war oft rückwärts gewandt und fortschrittsfeindlich und verdammt Wissenschaft und Technik in Bausch und Bogen. In den hochtechnisierten Industriegesellschaften äußern sich aber heute Unbehagen und teilweise auch Widerstand gegen die wissenschaftlich-technische Entwicklung in einem Maße, das der herkömmlichen Kritik an Wissenschaft und Technik eine neue Qualität verleiht:

- Die Kritik hat erstens an Intensität zugenommen und erfaßt auch nicht mehr nur eine kleine Gruppe von „Maschinenstürmern“ oder einige wenige „Kulturpessimisten“. Das liegt sowohl daran, daß die Zahl der durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik Betroffenen erheblich gestiegen ist als auch an der größeren Augenscheinlichkeit von negativen Folgen.

- Die Kritik ist zweitens differenzierter geworden. Sicher gibt es viele, die „mit der weiteren technischen Entwicklung oder auch mit dem erreichten Entwicklungsstand Angst und Sorge verbinden“ - wie es im letzten Bundesforschungsbericht heißt. Aber bei der Beurteilung von Wissenschaft und Technik gibt es nicht nur grundsätzliche Kritiker und ebenso grundsätzliche Befürworter. Beachtenswerte Argumente in dieser Diskussion liefert auch die wachsende Gruppe derjenigen, die nicht das Rad der Geschichte im Hinblick auf Wissenschaft und Technik zurückdrehen wollen, aber die gegenwärtige und wissenschaftlich-technische Entwicklung kritisieren. Ihre Einwände richten sich einerseits gegen die Geschwindigkeit, mit welcher neue Entwicklungen mit noch unbekanntem Folgewirkungen zum Einsatz gelangen, und andererseits gegen die Größenordnungen ihrer wirtschaftlichen Verwertung.

Eine neue Qualität der Kritik wird zum dritten in den Auseinandersetzungen um die Kerntechnik sichtbar. Hier geht die bisher nur argumentierende Kritik teilweise über in einen

massiven Widerstand gegen eine Technologie, deren Risiken als unzumutbar angesehen werden. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß in diesen Auseinandersetzungen die Kerntechnik den Auslöser und Zentralisationspunkt für eine sehr viel tiefergehende allgemeine Kritik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung darstellt.

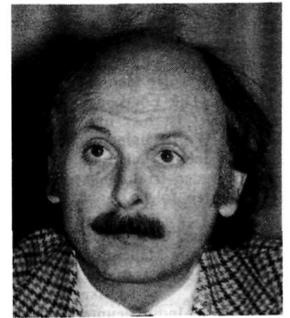
Wir stehen damit - nach meiner Einschätzung - vor einer völlig neuen Situation. Im anhaltenden Widerstand gegen die Kerntechnik wollen offenbar viele Bürger zum Ausdruck bringen, daß politische Entscheidungen in bezug auf wissenschaftlich-technische Entwicklungen mit unübersehbaren und so tiefgreifenden ökologischen und sozialen Folgen verbunden sein können, daß sie den demokratischen Grundkonsens in Frage stellen. D.h. diese Bürger halten die Grenze für überschritten, innerhalb welcher eine Minderheit die Beschlüsse der Mehrheit als für alle verbindlich zu akzeptieren hat. Demgemäß fühlen sie sich auch angesichts der Dimension, der Folgen und Risiken nicht mehr zu der demokratischen Tugend des Kompromisses, sondern im Gegenteil zu aktivem Widerstand verpflichtet.

Auch derjenige, der diese Haltung als falsch, überzogen oder als Ausdruck von Ignoranz beurteilt, muß wohl zugestehen, daß es einer Demokratie schlecht anstünde, solch massive Fragen, Bedenken und Zweifel einfach zu übergehen. Die Distanzierung eines nicht unwesentlichen Teiles der Bevölkerung von dem forcierten Ausbau und Vorantreiben der wissenschaftlich-technischen Entwicklung (vgl. die jüngste Äußerung der kath. Bischofskonferenz) sollte vielmehr als Signal begriffen werden. Was sich in Bürgerinitiativen, in grünen und alternativen Gruppen artikuliert und manifestiert, ist mehr als ein Häuflein Unzufriedener.

Auch dies mag unterschiedlich beurteilt werden; und sicher wechselt das Ausmaß der Distanzierung und deren gesellschaftliche Bedeutung je nach der wirtschaftlich-sozialen Problemlage. Aber die Anzeichen für einen Wandel in der Beurteilung dessen, was wir wissenschaftlich-technischen Fortschritt nennen, sind doch unübersehbar und inzwischen auch durch empirische Untersuchungen belegt (vgl. EG-Umfrage 1979, vgl. S. 42/43 Einstellungen der europäischen Bevölkerung zu wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen).

Daraus schließe ich: an der lauter werdenden Kritik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung mag manches aus unbegründeter Furcht und ungenügendem Wissen stammen; aber Wissenschaft und auch Politik stehen hier nicht lediglich vor einem „Akzeptanz-Problem“. Es geht nicht um die Frage, wie der zögernde Teil der Bevölkerung dazu gebracht werden kann, den bisherigen Weg von Wissenschaft und Technik mitsamt der entsprechenden Gesellschaftsentwicklung letztlich doch nur zu akzeptieren. Es geht vielmehr um eine wirklich offene Diskussion darüber, welcher Weg unter den Notwendigkeiten der Gegenwart und den Anforderungen der Zukunft verantwortet werden kann.

Dies erfordert neue Formen und Wege der Legitimation einer sich auf Wissenschaft berufenden und abstützenden Politik, damit zugleich auch ein erweitertes Verständnis des gesellschaftlichen Auftrags von Wissenschaft und Universität. Um Mißverständnissen vorzubeugen: ich plädiere nicht dafür, daß Wissenschaft sich nur nach gesellschaftlichen Nützlichkeitsurwägungen, und schon gar nicht, daß sie sich nach politischen Zweckmäßigkeitserwägungen zu orientieren habe. Es muß unbedingt möglich bleiben, z.B.



Dr. Horst Zilleßen

Astronomie zu betreiben, ohne damit die Frage ihrer Nutzenwendung für die Raumfahrt zu verbinden. Aber in dem Maße, in dem Wissenschaft soziale Wirklichkeit, unser Leben also, prägt, verändert, muß eben diese Dimension im Selbstverständnis von Wissenschaft und Universität ihren Ausdruck finden.

## III. Folgerungen für die Ausübung von Wissenschaft

1) Die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft ist zunächst die Verantwortung von Wissenschaftlern. Sie müssen berücksichtigen, daß ihre wissenschaftliche Arbeit durch die Umsetzung in Technologien und durch die Anwendung in Form von Techniken (auch von Sozialtechniken) gesellschaftliche Auswirkungen haben wird. Bevor sie die Ergebnisse ihrer Arbeit veröffentlichen oder an den Auftraggeber weiterleiten, sollten sie eine Phase des Nachdenkens im Sinne von Vorausdenken einschalten (vgl. Leonardo da Vinci).

Sie sollten dabei zu erkunden versuchen, welche Folgen auftreten könnten und wie sie zu bewerten sind. Das schließt gegebenenfalls ein, danach zu fragen, ob die Ziele, denen sie dienen, gesellschaftlich zu verantworten sind oder nicht.

2) Wissenschaftler, insbesondere auch Naturwissenschaftler und Mediziner sollten sich stets vor Augen halten, daß sich wissenschaftliche Wahrheit, die lebenswichtig ist, nicht auf die rationale Analyse von Fakten und die verstandesmäßige Durchdringung von Zusammenhängen beschränken kann. Vernachlässigung der Wissenschaft bedeutet, den Gedanken der Wertfreiheit der Forschung weithin aufzugeben. Auch auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden - der Satz: „Ich bin nicht Ethiker, ich bin Biologe“, muß ein „unmöglicher“ Satz werden, wenn er die Gefahr einschließt, daß die Freiheit der Wissenschaft auf Kosten der Freiheit und Sicherheit der Gesellschaft geht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal an Carl von Ossietzky anknüpfen. Sein Satz: „Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen“ steht nicht am Ende, sondern am Beginn eines Absatzes, dessen Formulierungen unsere Aufmerksamkeit verdienen. Es heißt dort weiter: Wir Monisten auch, die wir die wissenschaftliche Weltanschauung auf unseren Banner geschrieben haben, müssen dabei helfen. Auch wir haben in manchem gesündigt, haben allzusehr das kalte Fachwissen des Naturwissenschaftlers verwechselt mit dem großen Wissen vom Leben, haben oft vergessen, daß neben den Instrumenten des Forschers auch die suchende Seele ihr ewiges Recht hat. Wir könnten sehr viel Wärme in die Welt bringen.“ „Menschliche Wissenschaft“ - das bedeutet, Abschied nehmen von der Vorstellung, die „Welt“ nur rational

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

erfassen und erklären zu wollen. Zumal die sozialen Folgen von Wissenschaft sind nicht hundertprozentig auszurechnen. Das nötigt erneut zu größerer Behutsamkeit in der praktischen Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und zwingt dazu, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über technologische Entwicklungen die Gefühle, Ängste und Befürchtungen der Menschen ernstzunehmen. Die Logik der „reinen Sachlichkeit“ ist hier im wahrsten Sinne des Wortes unmenschlich; sie führt zu jenem totalen Rationalismus, dem der Irrationalismus wie sein Schatten folgen muß (Tenbruck).

3) In unserer Gesellschaft, die in beängstigendem Maße größtenteils sinnig geworden ist, in der Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Kommunen, Industrieunternehmen zu riesigen Apparaten aufgebläht und damit Sachzwänge geschaffen werden, denen wir uns zu oft nur noch anpassen können, hat Wissenschaft die Aufgabe, an „vergessene Träume“ zu erinnern. An die Träume von Selbstbestimmung, Mitgestaltung, Eigenverantwortlichkeit, Durchschaubarkeit, Sinnhaftigkeit, menschlicher Nähe und Gemeinsamkeit. Die hier angedeutete Liste von Defiziten unserer gesellschaftlichen Entwicklung ließe sich fast beliebig verlängern. Sie sollte die Wissenschaftler herausfordern, an die Probleme des Zusammenlebens von Menschen in Gesellschaft mit mehr sozialer Phantasie heranzugehen. Beispielsweise sollten sie dem Un-Sinn des Gigantismus und Zentralismus - auch dann, wenn er wie bei der kommunalen Neugliederung der Politikern lieb und teuer ist (er ist wohl vor allem teuer gewesen) - den Sinn und die Realisierungschancen mehr dezentraler, letztlich mehr demokratischer Lösungen entgegenstellen.

Den Vorwurf der „Spinnererei“ sollten sie dabei nicht scheuen - die Wissenschaftsgeschichte ist gerade dort, wo sie wesentliche Entdeckungen beschreibt, voll von solchen Vorwürfen.

4) Gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft kann nicht auf die Wissenschaftler begrenzt werden. Sie ist auch und nicht zuletzt eine Angelegenheit öffentlicher Verantwortung. Daraus folgt aber wiederum für die Wissenschaft, daß sie Öffentlichkeit, öffentliche Auseinandersetzungen über ihre Arbeit auch ermöglichen muß. D.h., sie muß sich einer Sprache und einer Redeweise bedienen, die auf Verständnis für viele Ziele - anstatt vor allem auf den Nachweis, den jeweiligen wissenschaftlichen Jargon zu beherrschen. Dies ist zugegebenermaßen eine sehr schwierige Aufgabe; (sie stellt wohl vor allem die Naturwissenschaftler vor erhebliche Probleme). Aber sie muß angegangen werden, sonst kann sich der Wissenschaftler nur noch unter „Eingeweihten“ verständlich machen. Öffentliche Kontrolle der möglichen Folgen seiner Arbeit würde dann ebenso entfallen wie die Möglichkeit von kritischen Einwänden aus anderen Disziplinen oder von z.B. sozialwissenschaftlicher Begleitforschung zu naturwissenschaftlichen Forschungsvorhaben.

5) Wissenschaft muß berücksichtigen, daß ihre Ergebnisse bestimmten Interessen dienen. Es ist also stets damit zu rechnen, daß die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit zur Untermauerung wirtschaftlicher oder politischer Ziele verwendet werden. Daraus folgt unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Verantwortung

a) Wissenschaft muß dazu beitragen, daß Entscheidungen soweit wie möglich offen gehalten werden. Die größte Gefahr der Wissenschaft besteht vielleicht weniger in der Anwendung ihrer Erkenntnisse und der Unsicherheit ihrer Folgen, als vielmehr darin, daß sie dazu mißbraucht werden kann, gesellschaftlichen oder politischen Widerspruch auszuschalten, weil sie häufig den Glauben bestärkt, ihre Lösungen seien jeweils die einzig möglichen.

b) Wissenschaft muß sich daher wieder stärker ihrer eigenen Grenzen bewußt werden und öffentlich deutlich machen, was sie weiß und was sie nicht weiß, und vor allem, daß sie nicht nur Probleme löst, sondern fast mit jeder Problemlösung neue Probleme schafft.

c) Sie sollte bei jeder Untersuchung von gesellschaftlicher Bedeutung auch die möglichen Alternativen unter die Lupe nehmen. Der Energiebereich liefert wohl das beste Beispiel für die Notwendigkeit dieser Forderung. Selbst der BMFT, der ja nun wirklich nicht im Verdacht steht, ein Gegner der Kernenergie zu sein, hebt mit Blick auf die Kernenergie Diskussion hervor, daß die Entwicklung technologischer Alternativen frühzeitig in Angriff genommen werden müsse - auch wenn deren Nutzung zunächst wenig aussichtsreich erscheint. Nur die Bereitstellung von Alternativen befreit die Politik von den Fesseln der Sachzwänge.

#### IV. Folgerungen für Rolle und Aufgaben der Universität

1) Die Verknüpfung von Wissenschaft und Politik führt dazu, daß sich die Politik die Legitimität wesentlicher Entscheidungen bei der Wissenschaft „borgen“ muß (Tenbruck). Die Überzeugungskraft von Wissenschaft wird eingesetzt, wenn es gilt, die Richtigkeit politischer Entscheidungen zu begründen. Wenn dies in kontroversen Argumentationen gleichsam auf dem Markt der öffentlichen Meinung geschehen würde, wäre dagegen wenig einzuwenden. Aber - die Magd „Wissenschaft“ dient hier zuerst und vor allem der Herrin „Bürokratie“. Mit der Ausweitung der wissenschaftlichen Beratung von Politik steigen nahezu automatisch die sachliche Kompetenz und der politische Einfluß der Verwaltung, denn nur sie verfügt in der Regel über den erforderlichen Sachverstand und das Detailwissen, um Wissenschaft gezielt politisch einsetzen und auswerten zu können.

Der dadurch und auch aus anderen Gründen sich vollziehende Machtzuwachs der Verwaltung ist schon oft beklagt worden; rückgängig zu machen ist er nicht. Viele Bonner Minister beklagen denn auch eher resignativ das Ausmaß ihrer Abhängigkeit von ihrer Ministerialbürokratie. Das wird im Bereich der Länder kaum anders sein, und ich vermute - mit Verlaub Herr Staatssekretär -, daß es dem Minister Pestel mit dem von Ihnen geführten Haus kaum anders gehen wird.

Niemand wird wohl bestreiten, daß sich unter den Bedingungen der sog. wissenschaftlich-technischen Zivilisation die politischen Einfluß- und Machtverhältnisse ändern. Umso notwendiger erscheint es mir, keine Machtkonzentrationen entstehen zu lassen, die sich z.T. einer demokratischen Kontrolle zu entziehen vermögen. Im Blick auf die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft folgt daraus: die Unabhängigkeit der Universität ist ein notwendiges Korrektiv gegenüber dem auf Anwendung von Wissenschaft sich gründenden Machtzuwachs der Verwaltung.

Die zunehmende Reglementierung der Universitäten und Hochschulen mag von der Verwaltung aus gesehen notwendig und sinnvoll sein; und der Maßstab der ökonomischen Effizienz, der auf diese Weise in den Vordergrund gerückt wird - neben dem der Vergleichbarkeit und Kontrollierbarkeit, die ja gerade beim Umgang mit öffentlichen Mitteln wichtig sind - dieser Maßstab ist sicher berechtigt. Aber Ökonomie ist nicht alles, so sicher gerade in einer Demokratie nicht nur das einen Wert haben kann, was einen Preis hat. Es gibt nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine demokratische Effizienz, die sich nach dem Gewinn oder Verlust an demokratischer Substanz bemißt.

Ich bin weit davon entfernt, der Mi-

nisterialbürokratie im allgemeinen und dem MWK im besonderen zu unterstellen, diese Substanz schmälern zu wollen. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Entscheidungskompetenz der gewählten Politiker nicht in einem allgemein sichtbaren Machtwechsel abgelöst wird durch das Fachwissen der Experten in den Verwaltungen. Dies vollzieht sich eher in einem gleichsam schleichenden Prozeß, indem die Politiker immer häufiger entweder dem (meist selbst gesetzten) Sachzwang großtechnischer Systeme erliegen oder aufgrund schwindender Kompetenz nicht mehr zu alternativen, sondern nur noch zu Ja-/Nein-Entscheidungen in der Lage sind. Die Freiheit der Universität, die Freiheit von Wissenschaft und Forschung von staatlicher Bevormundung halte ich unter den geschilderten Bedingungen für eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung einer offenen Gesellschaft. Noch einmal - ich will hier wirklich niemandem böse Absichten unterstellen, sondern bin im Gegenteil von dem guten Willen aller Verantwortlichen überzeugt. Aber wir erhalten gesellschaftliche Freiheit weniger durch guten Willen als vor allem durch gute Strukturen und Verfahren demokratischer Willensbildung und durch politische Kontrolle. Und dazu zählt in unserer Zeit auch die Kontrolle in Gestalt fundierter wissenschaftlicher Kritik an einer Wissenschaft im Dienste der Politik.

2) Um dieser Aufgabe gesellschaftlicher Verantwortung voll gerecht werden zu können, müssen m.E. die Möglichkeiten zu eigenständiger Forschung an den Universitäten nachhaltig verbessert werden. Nur dann können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß z.B. über technologiepolitische Entscheidungen, die den Weg unserer Gesellschaft auf unabsehbare Frist festlegen, wirklich offen und d.h. in einer Demokratie kontrovers diskutiert wird.

Intensivierung der universitären Forschung ist auch insoweit geboten, als die oben dargestellten Anforderungen an die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftler von der industriellen oder staatlichen Auftragsforschung ja kaum oder gar nicht zu erfüllen sind. Die eigenständige Forschung an den Universitäten hat hier eine Stellvertreterfunktion. Sie kann versuchen, das sicherzustellen, was bei der Einführung z.B. der Kernenergie nicht geschehen ist, nämlich - wie der BMFT in einer bemerkenswerten Selbstkritik formuliert hat - „die sachliche Diskussion um Vor- und Nachteile einer neuen Technologie zu führen, ehe ihr großtechnischer bzw. kommerzieller Einsatz vor der Tür steht und entsprechende 'Sachzwänge' Fakten schaffen, die der politischen Entscheidung voraneilen.“

An diesem Punkt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, heißt nicht nur, mehr Geld für die Forschung zu verlangen. Die Universität selbst muß sich verstärkt einerseits um Bürgernähe bemühen. Es gilt Formen zu finden, wie sie z.B. in den Niederlanden, Belgien und anderenorts in Gestalt von Wissenschaftsläden oder Wissenschaftsboutiquen oder Wissenschaftszentren entwickelt worden sind, um die Fragen, Probleme, Bedürfnisse und Interessen von einzelnen Bürgern oder von Gruppen besser in die Arbeit der Wissenschaft einfließen zu lassen. Auf diese Weise könnte das, was heute eher technokratisch unter dem Stichwort „Technologieakzeptanz“ diskutiert wird, eine zeitgemäße demokratische Form erhalten. Andererseits sollten an der Universität gezielt die Möglichkeiten von Alternativen für die technologische und gesellschaftliche Entwicklung untersucht werden. Wenn unsere Gesellschaft auf die Konkurrenz von Ideen und Zielsetzungen angelegt ist, dann darf gerade auf diesem Feld Konkurrenz nicht fehlen, wo Entscheidungen darüber anstehen, was dem Gemeinwesen dient. - Es geht dabei nicht um die gleichsam totale Um-

## Professor Dr. Raapke - 365 Tage „Staatskommissar“ an der Universität Oldenburg

Zum 1.10.1979 wurde Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke vom Wissenschaftsminister mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten unserer Universität betraut. Er nahm dieses Amt des sogenannten Staatskommissars ein Jahr lang wahr. Raapke hat sich - nach dem einen oder anderen Mißverständnis in der Einarbeitungszeit - schnell Vertrauen in der Universität erworben. Dies, obwohl die Rahmenbedingungen nicht gerade günstig waren und es auch manche harte Auseinandersetzung gab.

In Raapkes Amtszeit gab die Landesregierung das vorzeitige Auslaufen der Einphasigen Lehrerausbildung bekannt, aus politischen Gründen, nicht, weil die ELAB in Oldenburg gescheitert ist. - Die Studentenzahlen stiegen beträchtlich an, nur der bauliche und personelle Ausbau und die Ausstattung mit Sachmitteln hielt nicht mit. Die Studentenschaft lehnte es ab, ihre Satzung und Wahlordnung an das Niedersächsische Hochschulgesetz anzupassen - aus ihrer Sicht konsequent.

Hans-Dietrich Raapke mußte Satzung und Wahlordnung oktroyieren und berücksichtigte dabei soweit wie irgend möglich die Vorstellungen der Studenten. Die Studentenschaft arbeitet inzwischen damit. Ein drohender Konflikt um das politische Mandat wurde von Raapke abgewendet.

In die Zeit der Beauftragung fällt der Baubeginn für den Zentralbereich der Universität am Uhlhornsweg. Wichtiger aber noch, daß es gelang, die Bauplanung für die Naturwis-

senschaften und den wahrscheinlichen Baubeginn noch für 1980 zu sichern. Dies ist für die Universität von existentieller Bedeutung, auch wenn die jetzige Studentengeneration leider nichts mehr davon hat. Von großer Bedeutung aber auch, daß es gelang, die Forderung nach Erweiterung des Fächerspektrums der Universität, z.B. Jura und Romanistik, mit Gewicht in der politischen Diskussion zu halten und dafür breite regionale Unterstützung zu gewinnen. Ein wichtiger Meilenstein ist sicher auch der Abschluß des Kooperationsvertrages mit der Reichsuniversität Groningen.

Hans-Dietrich Raapke ist es vor allem auch gelungen, gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere der Region das Bild der Universität zu verbessern. Die regionale Öffentlichkeit ist in dieser Zeit noch aktiver für den Ausbau der Universität eingetreten, auch wenn sie sich nicht voll mit ihr identifiziert. Das Verhältnis zum Ministerium hat sich ebenfalls verschlechtert - obwohl Kontroversen zwischen „Staatskommissar“ und Minister nicht ausgeblieben sind.

Innerhalb der Universität war Raapke ein Präsident nicht nur seiner Gruppe, der Demokratischen Hochschule. Dies zeigt wohl am augenfälligsten die erstaunlich hohe Stimmzahl bei der Wahl zum Vizepräsidenten im Konzil. Dies war eine gute und würdige Form des Dankes und der Anerkennung für Hans-Dietrich Raapke, keine Referenz für den Minister, der ihn eingesetzt hatte. Jürgen Weißbach

funktionierung der Universität zu einer Einrichtung permanenter Gesellschaftskritik, sondern um die je konkrete Wahrnehmung von gesellschaftlicher Verantwortung unter veränderten wissenschaftspolitischen und sozialen Bedingungen.

Diese kritische Funktion, dieses Wächteramt ist die Universität der Gesellschaft schuldig, die sie nicht nur dafür finanziert, die erforderliche Zahl und Qualifikation von Fachleuten „bereitzustellen“, sondern auch für die Bearbeitung ihrer eigenen Zukunftsprobleme. Wenn die Gesellschaft aber eine humane und demokratische Zukunft anstrebt, und daran besteht wohl insgesamt kein Zweifel, dann kann sie, dann muß sie von der Universität ein entsprechendes Engagement erwarten - auch dann, wenn es gelegentlich den kurzfristigen Interessen in Politik und Wirtschaft zuwiderläuft. Jede politische Führung wäre gut beraten, die Bedeutung eines solchen Engagements positiv zu würdigen und es nicht unter kurzfristigen Opportunitätsüberlegungen zu unterbinden.

4) Die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft und Universität hat schließlich aber nicht zuletzt auch Folgen für Form und Inhalt der Lehre. Die politische Bedeutung und die sozialen Folgen von Wissenschaft machen es notwendig, nicht nur Fachwissen zu vermitteln, sondern auch die Fähigkeit, Zusammenhänge zu durchschauen, neue Tatsachen, Erfahrungen, Erkenntnisse richtig einzuordnen. Die Bereitschaft dazu ist heute wohl in einem breiten Maße vorhanden. Wir müssen Formen finden, in denen sie in Praxis umgesetzt werden kann und die zugleich die Studenten dazu anregen, die dazu unabdingbare Fähigkeit zu sorgfältiger wissenschaftlicher Analyse zu erwerben und zu trainieren.

Mir scheint, daß das an dieser Universität eingeführte Projektstudium neben manchen Problemen, die ich nicht übersehe, den wesentlichen Vorteil bieten kann, den Blick für Zusammenhänge sowie für über die eigenen Fachinteressen hinausreichende Fragestellungen zu schärfen und durch die Arbeit an einem konkreten Problem auch zum Erwerb wissenschaftlicher Fähigkeiten zu motivieren.

Inhaltlich halte ich es für besonders wichtig, daß wir in allen Wissenschaften stärker über den gesellschaftlichen Standort und die zeitliche Bedingtheit unserer Arbeit nachdenken. Unsere Gesellschaft pflegt den Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einseitig zu Gunsten der Gegenwart aufzulösen. Wer sich bewußt auf die Vergangenheit bezieht, gilt als unmö- dern, wer bewußt an die Zukunft denkt, als Moralist. Beide werden gegenwärtig meist spöttisch belächelt. Aber erst der Rückblick in die Vergangenheit und der Ausblick in die Zukunft befähigen zu einer realistischen Einschätzung der Gegenwart, erst sie bieten angemessene Maßstäbe für die Bewertung heutiger Erkenntnisse und Entwicklungen.

Wir sollten die Diskussion über die zeitliche (und damit auch sachliche) Begrenztheit unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse in Gang halten. Gerade als Wissenschaftler, deren Sinn für Selbstkritik in der Regel nicht eben weit entwickelt ist, sollten wir uns der Überheblichkeit, der Selbstüberschätzung des homo faber, des Menschen, der stets machen will, was er machen kann, bewußt bleiben. Wenn wir dies als Problem im öffentlichen Bewußtsein halten, leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Universität.

# Senat: Lob und Kritik für die Grundsätze für Studium und Prüfungen

Als Diskussionsgrundlage begrüßt hat der Senat der Universität Oldenburg in einer jetzt verabschiedeten Stellungnahme den von der Ständigen Kommission für Studienreform (StäK) vorgelegten Entwurf der Grundsätze für Studium und Prüfungen.

Die StäK, oberste Instanz des großen und wachsenden Apparates der Studienreformkommissionen auf Bundesebene, hatte vor einem Jahr mit den Grundsätzen für Studium und Prüfungen den Rahmen für die Arbeit der Fachkommissionen abgesteckt. Die Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Länder von 1978 sah vor, daß sich die Studienreformkommissionen an solchen Grundsätzen orientieren sollen. Die Hochschulen waren nun aufgefordert, zu diesem Entwurf der Grundsätze Stellung zu nehmen und Änderungsvorschläge zu machen.

Im Beschluß des Senats kommt zum Ausdruck, daß die Universität die Grundsätze insgesamt als tragfähige Diskussionsgrundlage für die Studienreformarbeit betrachtet, weil - der bildungspolitische Stellenwert dieser Grundsätze sehr hoch anzusetzen ist,

- die Grundsätze auch inhaltliche Begründungen für Studienreform geben,

- und wichtige Elemente des Studiums an dieser Universität in den Grundsätzen ihren Ausdruck finden.

Die Grundsätze werden zugleich aber als ergänzungsbedürftige Vorlage angesehen, in der bestimmte Positionen bisher nicht berücksichtigt oder verwässert worden sind. Kritisiert wird vor allem, daß einige Forderungen zu floskelhaft bleiben und in ihrer ausfüllenden Konsequenz nicht weit genug gehen. Hierzu zählt etwa die Erweiterung der Zugangsbeurteilung zur Hochschule über das Abitur hinaus oder die noch unzureichende Beschreibung des Praxisbezuges. Die Ausführungen zur sozialen Handlungskompetenz, die sich in den Grundsätzen finden, werden begrüßt, wengleich sie keine hinreichende Orientierung für die Studienreform geben. Hier fehlt der deutliche Hinweis darauf, daß jede Hochschulbildung sich damit auseinandersetzen muß, daß wissenschaftliche Forschung und Berufstätigkeit soziale und ökologische Folgewirkungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen beinhalten können. So zählt es durchaus zu den Aufgaben von Wissenschaft, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitneh-

mer durch wissenschaftliche Forschung und ihre Umsetzung zu verbessern.

Begrüßt wird der Versuch, den Berufsfeldbezug durch Strukturmerkmale reformierter Studiengänge umzusetzen und dabei insbesondere der inneren Differenzierung der Studiengänge den Vorrang zu geben vor der Vielfalt unterschiedlicher spezialisierter Studiengänge. Unterstützt wird auch die Forderung nach einer in das Studium einfließenden Orientierungsphase und einem breit angelegten Grundstudium. Ungelöst bleibt in den Grundsätzen das Problem der Regelstudienzeit. Die Stellungnahme der Universität Oldenburg enthält daher die Forderung, eine sinnvolle Studienlänge aus fachlichen und hochschuldidaktischen Kriterien abzuleiten.

Neben der Universität Oldenburg haben auch Bremen und Bielefeld kritische, wenn auch unterstützende Voten zu den Grundsätzen abgegeben. Die Mehrzahl der deutschen Hochschulen allerdings scheint sich jeglicher Stellungnahme zu enthalten.

## Gewählt - aber nicht ernannt

Einen in der Geschichte der deutschen Hochschulen einmaligen Eingriff in die Hochschulautonomie stellt die Nichternennung des Osnabrücker Professors Dr. Manfred Daxner durch den hessischen Kultusminister Krollmann dar. Daxner war vom Konvent der Gesamthochschule Kassel mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Die Entscheidung Krollmanns ist ganz offensichtlich politisch motiviert: Daxner hatte sich vor seiner Wahl u.a. sehr prononciert gegen die Praxis der Einstellungsüberprüfungen im öffentlichen Dienst und gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie ausgesprochen und war damit auf massiven Protest nicht nur seitens der CDU und FDP, sondern auch weiter Teile der Hochschullehrerschaft an der Gesamthochschule gestoßen.

Eine ähnliche Entwicklung bahnte sich im vergangenen Jahr an der Oldenburger Universität an; sie verlief lediglich dadurch in anderer Form, daß das Niedersächsische Hochschulgesetz dem Minister die Möglichkeit gibt, Präsidentenbewerber bereits vor der Wahl in der Hochschule wegen fehlender Voraussetzungen aus dem Verfahren herauszunehmen. jb

Schon frühzeitig hatten sich konservative Stimmen gemeldet, vor allem aus der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Bayerischen Hochschulkonferenz und aus dem Hochschulverband, die sich allesamt an zuviel Tätigkeitsfeldbezug, zuviel Ausbildung in der Hochschule, letztlich zuviel Öffnung der Hochschule stoßen.

Der vorliegende Entwurf der Grundsätze ist bereits aus vielen Kompromissen entstanden: zwischen den Gruppen in der Hochschule, den Hochschullehrern und Studenten, zwischen den gesellschaftlich relevanten Gruppen wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, und schließlich auch zwischen den A- und B-Ländern, also CDU/CSU- und SPD/FDP-regierten Ländern. Wenn also die jetzt vorliegenden Grundsätze in ihrem wesentlichen Bestand erhalten bleiben und als Leitvorstellungen in die Studienreformarbeit eingehen, so ist in der derzeitigen bildungspolitischen Situation schon viel erreicht. yh

## 821 neue Lehrkräfte

Zum Schuljahr 1980/81 hat die Schulabteilung der Bezirksregierung Weser-Ems 821 neue Lehrkräfte eingestellt. Aufgrund einer vorläufigen Hochrechnung wird erwartet, daß sich das durchschnittliche Unterrichtsfehl in den allgemeinbildenden Schulen des Regierungsbezirks von 5,6 Prozent am 1. Februar 1980 auf etwa 4,8 Prozent vermindern wird. Bei den Gymnasien hingegen wird das durchschnittliche Unterrichtsfehl im ersten Halbjahr des Schuljahres voraussichtlich nicht so stark abgebaut. Zum einen wachsen die besonders geburtenstarken Jahrgänge in die Oberstufen hinein, zum anderen standen für einige Mangelfächer, zum Beispiel Religion, Naturwissenschaften, Musik, Latein, nicht ausreichende Lehramtsbewerber zur Verfügung. Das Unterrichtsfehl an den Gymnasien wird sich vermutlich auf 13 Prozent eindampfen, heißt es in einer Presseinformation der Regierung.

## Promotion

Wolfgang Mischke, Leiter der ZEMA, ist im Fachbereich I im Fach Psychologie mit der Note „Sehr gut“ promoviert worden. Thema seiner Dissertation: „Lernprozesse beim Erwerb sozialer Fertigkeiten“.

## Preis für Arbeiten zum Umweltschutz

Zum fünften Male hat der „Océ-van der Grinten-Preis“-Verein die Ausschreibung des mit 50.000 Mark dotierten „Océ-van der Grinten-Preises“ beschlossen. Er wird für wissenschaftliche Arbeiten oder andere adäquate Leistungen vergeben, die als Thema den Umweltschutz oder die Erforschung seiner Grundlagen haben, einschließlich Arbeiten, die die Wiedergewinnung von Rohstoffen aus Abfällen oder die Energiesicherung behandeln.

Für 1981 sind wieder alle, die in den verschiedenen Sektoren des Umweltschutzes arbeiten und bei der Verbreitung und Vermittlung des Umweltschutzgedankens tätig sind, zur Teilnahme aufgerufen. Die Unterlagen des „Océ-van der Grinten-Preis“-Vereins wurden an die Geschäftsstelle des Fachbereiches IV weitergeleitet.

Ausschreibungen können im Sekretariat des „Océ-van der Grinten-Preis“-Vereins, Solinger Straße 5-7, 4330 Mülheim/Ruhr, Tel.: 0202/4435-1, Telex: 0856790, angefordert werden.

## Leserbrief

### Die Herbstmode 1980: Hentigs Vortrag auf dem ATEE-Kongreß

Wie schon Siegfried Bernfeld 1925 feststellte, unterliegt die Wissenschaft der Pädagogik in lessamer Weise dem Wandel der Moden. Und es gibt Wissenschaftler von Rang, die besonders sensibel für die jeweilige Modeentwicklung sind. Mode aber verliert für mich ihren Reiz als Kette bunter Möglichkeiten, wenn sie die Autorität ernsthafter Realitätsbewältigung für sich beansprucht.

Haben sich jahrelang Lehrer, Reform- und Wissenschaftler nicht zuletzt auch auf von Hentigs Rat hin mit der Reform des Schulsystems, der Lehrerausbildung und der Curricula abgemüht, so müssen sie sich heute von Hentig als „Schwätzer“ verlästern lassen. Dieser clevere Wissenschaftler hat sich verächtlich schnell weit von ihren Mühen und Illusionen entfernt. Er schreibt ja schon an seinem nächsten Buch. Und was verkauft sich besser als der jeweils geschickt aufgenommene Modetrend?

Und noch was ist der Mode eigen: sie variiert und reproduziert meist Vergessenes, aus der Vermittlung Hervorgezogenes.

Der Lehrer Böckelmann soll nach von Hentig nun unser Ideal sowohl für die Schulrealität als auch für die Lehrerausbildung sein. Der liebe, autoritäre, von jeder Theorie unbefleckte Dorfschullehrer, der seiner natürlichen Intuition und seiner angeborenen pädagogischen Begabung folgt, aber sich keinesfalls mit Unterrichtstechnologie, mit Differenzierungstheorien, mit der gesellschaftlichen Problematik oder gar mit der sozialen Frage auseinandersetzt.

Die gute alte Zeit, in der der Lehrer seine Kinder liebte, sie zu weiser Bescheidenheit und moralischer Lebensfähigkeit - mehr durch sein Vorbild als durch Wissensvermittlung - anregt, wird von Hentig in fast poetischer Brillanz beschworen.

Die gute alte Zeit, in der im Unterricht noch Herzensbildung statt Verblindung stattfand. Herr Lehrer Böckelmann - „unser Lehrer - ein Schauspieler. Das gefährliche an von Hentigs reaktionärer Utopie ist nicht, daß er sie auf Bedürfnisse baut, die in der Tat in der letzten Zeit zu sehr vergessen schienen. Bedürfnisse z.B. nach einer offenen Reflektion über die Rolle der Erotik im Lehrer(in)-Schüler(in)-Verhältnis, nach überschaubaren Entscheidungsräumen auch im Bildungsbereich oder gar nach dem Wunsch, den Leistungsdruck in der Schule wieder zu reduzieren.

Gefährlich ist die Position von von Hentig, weil er alle Probleme, um deren willen z.B. auch von ihm (als es noch in der Mode war) die Reformdiskussion einmal geführt worden ist, schon beinahe zynisch ausklammert.

Wie reflektiert der Herr Lehrer Böckelmann denn das Problem der klassenspezifischen Bildung, wie das der Gasterbeiterkinder, das der Mobilität der Arbeitskraft, das der wachsenden Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, das der großen Klassen? Wie und wo tauchen in der Hentigschen Idylle die Probleme des dreigliedrigen Schulsystems, der Gesamtschuldiskussion, des Roll-backs in der Bildungsreform, ja die Frage der politischen Kontrolle, des Berufsverbotes für radikal demokratische Lehrer auf? Welche Antwort hat der theoriebefreite Lehrer Böckelmann mit seinem guten Herzen auf die kapitalistische Arbeitsteiligkeit, die sich ja im Schulsystem in ihrem Selektionsmechanismus brutal durchsetzt? Enthält sich der Lehrer Böckelmann von aller Gesellschaftskritik, weil er ja dazu nach von Hentig nicht ausgebildet zu werden braucht?

Ich könnte die Fragen an den Lehrer von Lehrer Böckelmann noch lange fortsetzen. Ich könnte damit die wichtige und engagierte geführte Diskussion über das Bildungssystem, über die Lehrerausbildung und über die Notwendigkeit gesellschaftskritischer Theorie für die wissenschaftliche Lehrerausbildung nochmal ins Gedächtnis rufen. Dem Gerede von von Hentig müßte man ja kaum Gehör schenken, wenn er nicht gerade modeorientiert und geschicklich, liberal und scheinbar alternativ, denen noch den letzten Funken Mut zum Engagement nehmen würde, die jahrelang sich um diese wichtigen Probleme bemüht hatten.

Es hat schon etwas Eigenartiges an sich wenn von Hentig in Oldenburg von vielen Kollegen Beifall bekam, denen zur selben Zeit die Ergebnisse ihrer Reformbemühungen, ihrer kritischen Gedanken und ihre Ansätze zu Modellalternativen administrativ aus der Hand geschlagen werden. Warum dieselben, die von Hentig beklatschten, nicht auch Herrn Remmers zubeläten, kann nur aus der mangelnden Logik im Zuhören begründet werden.

Beide Starnedner der ATEE ergänzen sich aufs trefflichste. Der eine übernahm die Rolle als Ideologe der Resignation, der andere „spielte“ den Praktiker der Reaktion.

Gottfried Mergner

## Prüfungsordnungen im Vergleich

Das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) und die Zentrale Studienberatung (ZSB) haben eine Broschüre unter dem Titel „ELAB: Was ändert sich durch die neue Prüfungsordnung?“ herausgegeben. In diesem Material werden die neue Prüfungsordnung für die einphasige Lehrerausbildung (APVO) und die alte, vorläufige Prüfungsordnung vom 12.11.1975 (PO 75) in wichtigen Bestimmungen verglichen. Prüfungsamt (PA), ZpB und ZSB werden im Wintersemester 81/82 zur Information über die neue APVO zusätzlich Veranstaltungen durchführen. Zur Einzelberatung stehen diese Einrichtungen zu den Sprechstunden bereit. Dort ist auch der Text der APVO als Amtliche Mitteilung 5/80 zu erhalten. Die neue APVO enthält über die Prüfungsregelung hinaus auch Bestimmungen über die berufspraktische Ausbildung sowie über den Eintritt in das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis und dessen Verlängerung, die bisher nicht in der alten PO 75 geregelt waren.

## Preis für Arbeiten zum Umweltschutz

Zum fünften Male hat der „Océ-van der Grinten-Preis“-Verein die Ausschreibung des mit 50.000 Mark dotierten „Océ-van der Grinten-Preises“ beschlossen. Er wird für wissenschaftliche Arbeiten oder andere adäquate Leistungen vergeben, die als Thema den Umweltschutz oder die Erforschung seiner Grundlagen haben, einschließlich Arbeiten, die die Wiedergewinnung von Rohstoffen aus Abfällen oder die Energiesicherung behandeln.

Für 1981 sind wieder alle, die in den verschiedenen Sektoren des Umweltschutzes arbeiten und bei der Verbreitung und Vermittlung des Umweltschutzgedankens tätig sind, zur Teilnahme aufgerufen. Die Unterlagen des „Océ-van der Grinten-Preis“-Vereins wurden an die Geschäftsstelle des Fachbereiches IV weitergeleitet.

Ausschreibungen können im Sekretariat des „Océ-van der Grinten-Preis“-Vereins, Solinger Straße 5-7, 4330 Mülheim/Ruhr, Tel.: 0202/4435-1, Telex: 0856790, angefordert werden.

## Erst China - dann Oldenburg?

Professor Zehle, Fachhochschule Nordostniedersachsen, und der Präsident der ostchinesischen Technischen Hochschule für Wasserbau, Yen Kai, unterzeichneten eine Vereinbarung über die künftige Zusammenarbeit beider Hochschulen. Vizepräsident Professor Rebe erklärte für den Präsidenten der Universität Hannover, er wolle sich für eine Beteiligung seiner Hochschule an dieser Zusammenarbeit einsetzen. Mit der Universität Nanking erzielte Rebe Übereinstimmung über eine Beratung beim Aufbau einer juristischen Universität. Eine Vereinbarung soll demnächst unterzeichnet werden. Ein umfassendes Besichtigungsprogramm absolvierte die Gruppe in Shanghai, wo es 49 Hochschulen gibt. An zwei Tagen wurden die Fudan Universität und das Medizinische Institut sowie die Tong Ji Universität besucht. Minister Pestle leitete die Delegation. In einem Schreiben erkundigte sich inzwischen der Landtagsabgeordnete Horst Milde bei Pestle: „Was müssen wir Oldenburger tun, damit wir von der Landesregierung genauso gut behandelt werden wie die Chinesen?“

## Auslandsreisen werden gefördert

Nach einer Information des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) werden 1981 Informationsaufenthalte deutscher Studentengruppen unter Leitung von Wissenschaftlern im Ausland gefördert. Die Reisen sollen neben wissenschaftlichen auch allgemein kulturpolitischen Zwecken dienen. Die Förderungsanträge sind formlos mit einem Programmwurf, einer Teilnehmerliste und einem Finanzierungsplan (1/3 Eigenanteil der Hochschule und Teilnehmer) an den DAAD zu senden. Ein weiteres Programm des DAAD für 1981 sieht vor, Einladungen der Hochschule an ausländische Studentengruppen zu fördern. Pro Veranstaltung mit ausländischen Studentengruppen ist eine Förderung bis zu einem Höchstbetrag von DM 4.000 vorgesehen. Eine frühzeitige Antragstellung mit einer Projektbeschreibung, der Angabe der Zahl der ausländischen Gäste und einem Finanzierungsplan wird vom DAAD empfohlen. Nähere Auskünfte können bei H. Kochanowski, Raum A 201 der Universität, eingeholt werden.

## Kostenlose Beglaubigungen

Die Studenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie vom 20. Oktober bis 7. November täglich von 13.00 bis 16.00 Uhr im Raum A 101 Kopien von Studiennachweisen letztmalig kostenlos beglaubigen lassen können. Vom Wintersemester 1980/81 an besteht die Möglichkeit der kostenlosen Beglaubigung nicht mehr.

## Dokumentation angeregt

Auf Anregung von Professor Dr. Dieter Sterzel wird sich der Senat der Universität Oldenburg auf seiner Sitzung am 22. Oktober 1980 mit der Praxis der Einstellungsüberprüfungen im öffentlichen Dienst befassen. Sterzel hatte, ausgehend von dem Erlaß des Wissenschaftsministers zum Gebrauch des Wortes „Berufsverbot“ im uni-info der Universität, dem Präsidenten vorgeschlagen, „eine Dokumentation der Universität Oldenburg betreffend Berufsverbote herauszugeben“.

### Terminplan der Gremien WS 80/81

	vormittags	nachm.
22.10.80	Senat	
29.10.80	Sken	FBR
5.11.80	HPK	
12.11.80	Senat	
26.11.80	HPK	FBR
3.12.80	Senat	
10.12.80	Sken	FBR
17.12.80	HPK	
7.01.81	Senat	
14.01.81	Sken	FBR
21.01.80	HPK	
28.01.81	Senat	
4.02.81	Sken	FBR
11.02.81	HPK	
18.02.81	Senat	
4.03.81	Sken	FBR
11.03.81	HPK	
18.03.81	Senat	
25.03.81	Sken	FBR
8.04.81	HPK	
15.04.81	Senat	

Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen am Vormittag um 9.00, am Nachmittag um 15.00.  
Abkürzungen: SKen = Senatskommissionen  
HPK = Haushalts- und Planungskommission  
FBR = Fachbereichsräte

### Neue Publikationen beim ZpB erschienen

In den letzten Wochen sind wieder einige neue Publikationen vom Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) veröffentlicht worden. Es handelt sich dabei sowohl um Berichte aus Projekten als auch um Arbeiten mit einer mehr unterrichtspraktischen Themenstellung. Das Buch von Ingo Scheller „Erfahrungsbezogener Unterricht“ hat sich nach Mitteilung des ZpB für die Studenten als besonders wichtig erwiesen, weil darin zahlreiche Anregungen für die konkrete methodische und didaktische Gestaltung des Unterrichts enthalten sind. Ferner sind erschienen: Gorny, u.a.: „Informatik in der Sekundarstufe II am Beispiel einer Unterrichtseinheit“; A. Hopf: „Kindergarten und Grundschule“; Arbeitsgruppe „Frauenprojekt“: „Frauenarbeit - Erfahrungen mit selbstverwalteter Wissenschaft“. Diese und die noch vorhandenen früheren Publikationen des ZpB sind gegen eine Schutzgebühr zu erhalten im: ZpB, Ammerländer Heerstraße 100, bei Gerda Mendi, Raum 002 (Verkaufszeit: Mi. 10.00-12.00 Uhr, Do. 13.30-16.00 Uhr, Fr. 10.00-12.00 Uhr.

### Hinweise zum 3. Studienabschnitt

- Der erste vorläufige Zuordnungsvorschlag für die etwa 240 Studenten im 9. Durchlauf - unterrichtspraktisches Halbjahr (upH) ab 1.8.81 - wird ab 15.10.80 an den Anschlagbrettern des ZpB ausgehängt und den Studienkommissions-Vorsitzenden zugeleitet.
- Eine Info-Veranstaltung des ZpB für diesen Durchlauf ist am Freitag, 14.11.80, Hörsaal B, 14.00 Uhr.
- Änderungsvorschläge: Auschlussfrist 1.12.80.
- Ab 1.12.80 sind für den 10. Durchlauf (unterrichtspraktisches Halbjahr ab 1.2.82) Anmeldeformulare bei den Pförtnern verfügbar. Anmeldeschluß: 1.2.81 Informationsveranstaltung: Freitag, 12.12.80, 14.00 Uhr, Hörsaal B.

### Informatik in der Schule

Der Arbeitskreis Informatik in der Schule veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum der Universität eine Tagung am Freitag, 7. November, im Hauptgebäude der Universität, Hörsaal F, zum Programm:  
15.00 Eröffnung  
15.10 Prof. Dr. Klaus Brunnstein, Hamburg: Mikrocomputer für den Informatikunterricht - Systemvergleich  
16.00 Diskussion zum Thema Ausstattung der Schulen mit Mikrocomputersystemen  
16.30 Diskussion zu organisatorischen Fragen des AKIS  
10.30-18.00 Vorführung von Mikrocomputersystemen (Hauptgebäude, Aula)  
Es wurden einige Firmen gebeten, ihre Systeme für die Teilnehmer der Tagung zu demonstrieren.

### Uni Oldenburg: Eingestellt wurden

...als wissenschaftlicher Assistent  
**Heinz Helmers**, Fachgebiet „Angewandte Physik“ (FB IV)  
...als wissenschaftliche Angestellte  
**Erika Thöing** im Fachbereich I  
**Johann Jessen** für das Forschungsvorhaben „Wohnsituation“ unter Leitung von Prof. Siebel,  
**Jens Uwe Walther** für das Forschungsvorhaben „Wohnsituation“ unter Leitung von Prof. Siebel  
**Heidi Rußkowski** arbeitet beim Forschungsvorhaben „Ausbreitungsmodelle“ unter Leitung von Prof. Schuller (FB IV)  
...im Verwaltungsbereich

**Ulrike Emken**, Bibliothek  
**Harry Happatz** in der ZETWA  
**Traute Kendzia** als Angestellte im Schreibdienst (Personalabteilung)  
**Peter Kraski** in der ZETWA  
**Arthur Pompecki** in der ZETWA  
**Martha Räßler** als Raumpflegerin im Dezernat 4  
**Walter Schwarting** in der ZETWA  
**Alfred Staab** als Sportwart  
**Erwin Tolksdorf** (ZETWA, Metallwerkstatt)  
**Henning Westerholt**, Elektroinstallateur im Dezernat 4  
...als Auszubildende

**Jürgen Diekmann** (Maschinenbau, ZETWA)  
**Marina Fischbeck** (Gärtnerin, Botanischer Garten)  
**Thomas Flenker** (Gärtner, Botanischer Garten)  
**Rainer Kollmann** (Maschinenbau, ZETWA)  
**Torsten Micke** (Maschinenbau, ZETWA)  
**Maren Paries** (Elektromechanik, ZETWA).

### Personalien

**Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke**, Vizepräsident der Universität Oldenburg, wurde vom Senat als Mitglied in der Wissenschaftskommission des Wissenschaftsrats nominiert. Die Nominierung bedarf der Zustimmung der niedersächsischen Landeshochschulkonferenz sowie der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die die Mitglieder der Wissenschaftskommission dem Bundespräsidenten zur Ernennung vorschlägt.  
**Prof. Dr. Peter Köll**, Vizepräsident der Universität Oldenburg, wurde vom Senat für drei Jahre als Vertreter in den Arbeitskreis zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen gewählt.  
**Professor Krumbien** nahm an der Dahlem Konferenz in Berlin teil. Thema dieser Konferenz war: Biospheric evolution and precambrian metallogeny.  
**Dr. Dieter Peper** ist mit der Verwaltung der Stelle eines Professors für „Leibeseziehung“ im Fachbereich I beauftragt worden.  
**Dr. Anselm Maler**, bisher wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich II, ist zum Professor für „Germanistik mit dem Schwerpunkt Literaturwissenschaft, insbesondere Massenmedien“ ernannt worden.  
**Dr. Günther Ortmann** ist mit der Verwaltung der Stelle eines Professors (C 4) für „Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Industriebetriebslehre“ beauftragt worden.  
**Anhörungen für Betriebswirtschaft**  
für die Stelle „Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Produktionswirtschaft“ - BAT IIa -, am Donnerstag, 6. November 80, AVZ 3-203 (Rechenzentrum)  
14.00: Günther Dey, Bremen  
15.00: Wolfgang Neufahrt, Bremen  
16.00: Axel Siebke, Bremen

### Unterricht im Landtag

Leere Plätze in den Plenarsälen, Zeitung lesende oder plaudernde und in regelmäßigen Abständen einvernehmlich ihre Diäten erhöhende Abgeordnete - das ist die vorherrschende Meinung vieler Bürger über die Parlamente. Dieses Bild zurechtzurücken, darauf zielt eine für Niedersachsen neue Form der Verbreitung politischen Wissens: Die Landtagsseminare. Sie dienen nicht zuletzt der methodischen Vorbereitung von Klassen- oder Gruppenbesuchen im Niedersächsischen Landtag.

### Anhörungen für Psychologie

Anhörungen für die Stelle „Physiologische Psychologie“ - C 4 - Birkenweg 3  
Freitag, 24.10.80, 16.00, Prof. Dr. E. Perret (Zürich)  
Montag, 27.10.80, 14.30, Prof. Dr. J. Delius (Bochum)  
16.00, Prof. Dr. B. Preilowski (Tübingen)  
Dienstag, 28.10.80, 14.30, Dr. R. Hölzl (München)  
16.00, Prof. Dr. R.B. Freemann Jr. (Konstanz)

**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
TEL. (0441) 71001

**Anna Thye**  
Buchhandlung  
Inh. Gottfried Sieler  
Gegr. 1. 9. 1800  
29 OLDENBURG  
Schloßplatz 21 / 22  
Postfach 4780  
Ruf (0441) 25288

**JEANS**  
von **Horten**  
Levis - Wrangler - Pionier - Lois - Settler

**Schreibmaschinen**  
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie  
● Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-  
● Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-  
● Kugelkopfschreibmaschinen ab DM 699,-  
Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!  
**EBS ERLBECK**  
Donnerschwer Str. 91 • 2900 OLDENBURG • Fernruf (0441) 85125  
Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
★  
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
**B&G**  
1871 1971  
BUCHHANDLUNG  
BÜLTMANN & GERRIETS  
Lange Str. 57 • Ruf 2 66 01  
Postfach 141

**TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG**  
WALLGATE  
LANGE STR.  
HERBARTGANG  
KURWICKSTR.

**2 Stunden**  
Examensarbeiten-Service  
Fotokopien  
Buchbindarbeiten  
Zeitschriften Berichte  
**HENCKUS**  
Buchbinderei  
Edeweicher Landstraße 50  
29 Oldenburg  
Telefon 0441-50 2397

**KOPIERDIENST OLDENBURG**  
Ammerländer Heerstraße 88  
Fernsprecher 04 41/7 63 74  
**KOPIERPREIS**  
je Stück  
DIN A 4 DM **0,10**  
DIN A 3 DM **0,12**  
spanhakes bastelgalerie  
oldenburg burgstrasse 2 tel. 27488  
spanhake hat alles für Hobby Werken Basteln Modellbau Kindergarten Schule und Beruf  
spanhake  
oldenburg lange strasse 48 telefon 0441/27488

**Grund- & bodensolide** | **Mit der OBS den Grundstein legen.**  
**ÖBS** Immobilien GmbH | **ÖBS** Öffentliche Bausparkasse  
OLDENBURG, MARKT, RUF 0441/2371 | OLDENBURG • BREMEN • WILHELMSHAVEN  
Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil